

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 1**

(Beginn: 9.36 Uhr - Ende: 11.50 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 53. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße als Erstes unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet - -

(Unruhe)

- Ich bitte Sie, jetzt auch Ihre Gespräche einzustellen. Morgens dauert es wahrscheinlich ein bisschen länger, bis wir uns hier warmlaufen. Aber wir haben uns für heute ja viel vorgenommen. Darum würde ich auch gerne beginnen. - Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates.

Besonders herzlich begrüße ich heute Morgen unser neues Ratsmitglied, Herrn Klein, den ich gleich als Erstes verpflichten möchte.

Herr Klein wurde als Nachfolgerin für Frau Dresler-Graf gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Herr Klein, ich bitte Sie, zu mir nach vorne zu kommen. Alle Anwesenden bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste auf der Zuschauertribüne.

(Heinz Klein [CDU] begibt sich zu Oberbürgermeisterin Henriette Reker - Die Anwesenden erheben sich)

Herr Klein, ich verpflichte Sie im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall)

Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch! - Bitte nehmen Sie wieder Platz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute Morgen steht die Verabschiedung des städtischen Doppelhaushalts auf der Tagesordnung. Ab 14.30 Uhr - ich erwähne die Uhrzeit extra noch einmal - folgt dann eine reguläre Ratssitzung, bei der wir hoffentlich auch einige wichtige Beschlüsse fassen werden.

Ich freue mich darüber, dass wir heute die Voraussetzung dafür schaffen können, auch die nächsten beiden Jahre mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen, und möchte mich als Erstes an dieser Stelle bei allen denjenigen bedanken, die dazu beigetragen haben.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt: Frau Schultes, Herr Geraedts, Frau Halberstadt-Kausch, Herr Paetzold, Herr Professor Schäfer, Herr Wiener und Frau Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Sommer, Herrn Dr. Unna und Herrn Görzel.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind dort gekennzeichnet.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung des folgenden Punktes vor: die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung unter TOP 8.1. Abgesetzt wurde der TOP 1.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Keine.

Meine Damen und Herren, zur Einbringung des Haushalts im August dieses Jahres hat die Verwaltung gesprochen. Heute gehört die Bühne Ihnen, der Politik.

Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten dazu abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll alle Anträge und Beschlussvorlagen in dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfassen und wieder nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Die Fraktionen SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten; die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 20 Minuten; die Fraktionen DIE LINKE und FDP dürfen bis zu 15 Minuten sprechen; die AfD-Fraktion erhält eine Redezeit von maximal zwölf Minuten; die Gruppen und Einzelmandatsträger dürfen bis zu zehn Minuten sprechen. Selbstverständlich können Sie die Redezeit auch innerhalb Ihrer Fraktion auf mehrere Rednerinnen oder Redner aufteilen. Das soll dann in einer Runde stattfinden.

Gibt es Wortmeldungen dazu, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 2

Abschließend möchte ich fragen, ob es Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt gibt. - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir beginnen mit den Haushaltsreden. Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in meiner Rede anlässlich der Beschlussfassung über den Haushaltsplan im Finanzausschuss vor knapp einem Monat konnte ich feststellen, dass die sich jährlich wiederholenden Ereignisse wie dieses Haushaltsaufstellungsverfahren eine gute Gelegenheit bieten, einmal Revue passieren zu lassen, was in dem einen Jahr Wesentliches passiert ist oder eben auch nicht passiert ist.

Dazu kann ich festhalten: Wir haben zunächst einmal vor allen Dingen eine neue Kämmerin; das ist auf jeden Fall passiert. Wir haben einen Beschluss zum Klimanotstand getroffen; er ist durchaus angemessen, aber natürlich auch nicht zum Nulltarif zu haben. Wir haben ein Gestaltungsbündnis, das dem Haushalt auf Jahre Lücken in Millionenhöhe beschert; ich verweise auf die jüngsten Entscheidungen zur Spielbank und zum Godorfer Hafen.

Und was hat sich darüber hinaus getan? Wenig, wie ich gleich darlegen werde. Und das sind schlechte Nachrichten für Köln - gleich in mehrfacher Hinsicht.

Zum einen hatten wir als SPD-Fraktion durchaus die Hoffnung, dass die neue Stadtkämmerin mit einem frischen, unverstellten Blick die haushalterischen Herausforderungen einer Großstadt wie Köln angeht. Der vorliegende Haushaltsentwurf schreibt dagegen leider nur den aus unserer Sicht falsch gewichteten Haushaltskonsolidierungsansatz fort, und das im Rahmen des Doppelhaushalts gleich für zwei Jahre.

Die Oberbürgermeisterin sowie die sie unterstützenden Fraktionen und Gruppen geben sich mit dem Erhalt des Status quo zufrieden - wohl wissend, dass sich die finanziellen und konjunkturellen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren voraussichtlich verschlechtern werden, während sich die Problemfelder in der Stadt, al-

lem voran der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, exponentiell verstärken werden. Ein Plan für Köln: Fehlanzeige. Stattdessen: Verstetigung des Stillstandes.

Bevor ich in die Details einsteige, möchte ich aber, auch wenn es viele schon kennen - Stichwort „ceterum censeo“ -, die Gelegenheit nutzen, für die SPD-Fraktion hier noch einmal das Haushaltsplanaufstellungs- und -beratungsverfahren zu kritisieren.

So schön es in den Ohren klingen mag, dass Köln den Haushalt - es ist gerade noch einmal erwähnt worden - bereits im Vorjahr verabschiedet, so schwierig ist der damit verbundene Fahrplan für die Ehrenamtler, die ihn verabschieden sollen. Eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den durchaus komplexen Fragestellungen der Haushaltsaufstellung für eine Millionenstadt ist unter diesen Bedingungen schlicht nicht möglich.

Deshalb appelliere ich noch einmal an die Stadtkämmerin und auch an die Oberbürgermeisterin: Ermöglichen Sie bitte zukünftig den Ratsmitgliedern eine geordnete Haushaltsplanberatung. Die zeitliche Entzerrung des Verfahrens wäre ein erster Schritt, die transparente und verständliche Aufbereitung des Haushaltsplanentwurfs ein weiterer.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker nickt)

- Danke. - Die Zusage der Oberbürgermeisterin ist schon einmal da.

Kommen wir nun zum Haushaltsplan und den vorliegenden Veränderungsnachweisen. Für eine neue Stadtkämmerin sind es eigentlich dankbare Zeiten. Die Einnahmeseite ist dank der konjunkturellen Lage insbesondere durch die Gewerbesteuer immer noch außerordentlich positiv. Allerdings deuten sich am Horizont bereits die Zeiten steigender Zinsen und konjunkturellen Abschwungs an. Die ersten Rufe, die fetten Jahre seien vorbei, sind schon zu hören.

Nur: Was hat die Stadt in den fetten Jahren erreicht, und was bedeutet das eigentlich für die nächsten Jahre? Die Oberbürgermeisterin hat in ihrer Haushaltsrede verkündet, mit dem vorliegenden Doppelhaushalt treibe sie folgende Themen voran:

erstens eine familienfreundliche Stadt mit Bildungschancen für alle, zweitens das Megathema „Klimaschutz und Klimaanpassung“, drittens die Mobili-

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 3

tätswende, viertens bezahlbares Wohnen und fünftens das Thema „solide Wirtschaft, attraktiver Standort“.

Die Stadtkämmerin beschwört daneben die Notwendigkeit eines ausgeglichenen Haushalts bis 2022.

Schauen wir auf diese Aussagen und darauf, was diese am Ende auseinanderlaufenden Positionen genau bedeuten. Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist von dem Streben nach der schwarzen Null gekennzeichnet. Allerdings wirkt es schon etwas aus der Zeit gefallen, die schwarze Null weiterhin wie eine Monstranz vor sich herzutragen. Was auf den ersten Blick ein durchaus erstrebenswertes Ziel sein mag und auf Bundesebene auch seine Berechtigung hat,

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Ach!)

ist für die Situation, die wir in Köln vorfinden, eben nicht richtig.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Nein, natürlich nicht!)

Köln ist eine rasant wachsende Großstadt. Wer das Thema Generationengerechtigkeit ernst nimmt, muss jetzt investieren. Wohnen, Bildung und Mobilität sind hier die entscheidenden Stichworte.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Ein Haushalt, der unter rein finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten lediglich die Fehlbetragsreduzierung und Beendigung von Vermögensverzehr als vorrangiges Ziel definiert und zur Erreichung dieses Ziels die Investitionen in die Zukunft unserer nachfolgenden Generationen einspart, ist kurzfristig und fahrlässig.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ist zudem kein Selbstläufer, selbst in wirtschaftlich guten Zeiten nicht. Und so stellt sich die Frage: Auf wessen Kosten geht das eigentlich?

Eine Idee bekommt man davon, wenn man einen Blick auf die städtischen Bereiche wirft, die in den beiden kommenden Jahren in besonderem Maße von Einsparungen betroffen sind. Ich darf aus der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin zitieren:

Schulträgeraufgaben und Kindertagesbetreuung werden mit rund 21 Prozent

der Ausgaben des städtischen Gesamthaushaltes angesetzt.

Das klingt viel, ist es aber nicht. Die Haushaltsaufwände für Bildung, Jugend und Sport betragen schon seit vielen Jahren rund 30 Prozent des Gesamthaushalts. Um den Haushalt zu konsolidieren und die schwarze Null schon ein Jahr früher zu erreichen, wurden die Etats für Kinder und Jugendliche, für Schülerinnen und Schüler, für die Sporttreibenden dieser Stadt bei der Haushaltsaufstellung überproportional zusammengestrichen, nämlich um rund 43 Prozent.

(Zurufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen: Quatsch!)

Fakt ist: Die Verwaltung hatte bei den Schulträgeraufgaben Kürzungen von mehr als 11 Millionen Euro vorgesehen. Dahinter verbergen sich ganz konkret Ansätze wie der Schülerspezialverkehr für Inklusionsschüler, die Einschränkung der Programme „Sicher schwimmen!“ und „Internetstadt Köln“, aber auch eine Einschränkung bei Honorarmitteln für die Lehrkräfte der Rheinischen Musikschule. Allein der Ansatz für Lernmittel und Unterrichtsmaterialien wurde um 1,6 Millionen Euro reduziert. Kürzungen der Honorarmittel für die Lehrkräfte der VHS erfolgten in Höhe von rund 440 000 Euro, wodurch sich sowohl das Kursangebot als auch nachfolgend die Teilnahmebeiträge reduzieren würden. Wie passt das zu der Idee, Bildungschancen für alle zu bieten?

Auch wenn das Haushaltsbündnis jetzt durch seinen Haushaltsbegleitbeschluss den Eindruck vermittelt, dass diese Kürzungen zurückgenommen wurden, bleibt festzuhalten: Mit realem Geld ist das bisher nicht unterlegt. Vielmehr soll mal geschaut werden - ich formuliere es ein bisschen flapsig -, ob im Rahmen der unterjährigen Beschäftigung irgendwo noch Geld gefunden wird, das man dafür einsetzen kann.

Verlässliche Finanzplanung sieht allerdings anders aus. Denn zum Beispiel die rund 1 000 freiberuflichen Honorarlehrkräfte an der VHS Köln wissen immer noch nicht sicher, ob sie weiterhin in dem bisher vereinbarten Umfang tätig werden können oder ob die VHS ihr Angebot reduzieren muss, was zusätzliche Einnahmeausfälle zur Folge hätte. Gerade mit diesen Menschen in ohnehin prekären Arbeitsverhältnissen muss eine Stadt wie Köln deutlich verantwortungsvoller umgehen, als dies hier der Fall ist.

Kommen wir zum Stichwort „familienfreundliche Stadt“. Nachhaltigkeit und Generationengerech-

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 4

tigkeit sind nur durch Investitionen in die aufwachsende Generation herstellbar. Das erfordert nicht nur den Ausbau und Aufbau der Kindertagesbetreuung. Zusätzlich muss auch in frühe Hilfen, in Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche sowie in Bildungs-, Beratungs- und Sportangebote investiert werden, die sich im Haushalt aber im freiwilligen Bereich wiederfinden.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Joisten, wo war denn Ihr Antrag dazu?)

In einer Zeit, in der wir uns verpflichtet haben, die Kinderrechte und den Vorrang des Kindeswohls zu wahren und in unsere Entscheidungen aufzunehmen, erfolgen Kürzungen bei den Transferaufwendungen der Kinder- und Jugendarbeit. Dahinter verbergen sich vor allem die freiwilligen Zuschüsse zu vielfältigen Präventions- und Hilfsprogrammen für Kinder und Jugendliche. Im Haushalt 2021 werden diese um rund 6 Prozent gekürzt. Das sind 2,16 Millionen Euro. Dazu gehören auch die Hausaufgabenhilfe für Flüchtlingskinder, Mittel zur Flüchtlingsunterstützung und ab 2021 auch ein großer Teil der im letzten Jahr für die Übermittagsbetreuung im Bereich der Sekundarstufe I zugesetzten Mittel.

Alles das haben Sie, wie gesagt - ich habe es eben schon erwähnt -, in Ihrem Haushaltsbegleitbeschluss mit einer schönen Formulierung versehen, aber nicht mit realem Geld unterlegt.

Beim Schulbauprogramm geht es um Investitionen in 61 Großbauprojekte. Dafür sind 300 Millionen Euro angesetzt. Machen wir uns doch einmal klar, was 300 Millionen Euro bedeuten. Für eine neue weiterführende Schule kalkuliert die Verwaltung eine durchschnittliche Investition von 50 Millionen Euro. Angesichts der steigenden Baukosten müsste man sogar etwas mehr ansetzen. Mit dem eingeplanten Investitionsvolumen von 300 Millionen Euro kommt man also nicht weit. Hierfür kann man in den kommenden Jahren höchstens sechs neue Schulen errichten.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber immerhin! Zusätzlich!)

Köln braucht in den kommenden Jahren aber mehr als 40 neue Schulen und darüber hinaus 18 Schulerweiterungen. Auf der Prioritätenliste der dringenden Schulbaumaßnahmen stehen bereits jetzt 217 Projekte. Also sind der Sanierungsstau und der Stau bei Neubaubedarfen weiterhin bittere Realität und werden in unserer Stadt bittere Realität bleiben.

Kürzungen beim Schulbau, bei der baulichen Unterhaltung und bei der Wartung von Schulen findet man im vorliegenden Entwurf im Umfang von 1,5 Millionen Euro ab 2021. Das ist keine Nachhaltigkeit bei Bildungsinvestitionen.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Zum Thema Klimanotstand: Interessant ist in diesem Kontext, dass wir einen Beschluss gefasst haben. Wie wir schon ahnen, wird das aber nicht kostenneutral abgehen. Das Ganze wird uns Geld kosten, und zwar nicht zu knapp. Im vorgelegten Haushalt wird dieser Punkt allerdings vollständig ausgeklammert. Der Beschluss zum Klimanotstand findet überhaupt keinen Niederschlag in diesem Haushalt. Dann stellt sich die Frage: Woher soll denn das Geld kommen, wenn wir bei jeder Verkehrs- und Baumaßnahme in den nächsten zwei Haushaltsjahren über klimaschützende Maßnahmen sprechen? Ich kann nicht erkennen, dass es da irgendeine Gestaltung von Klimaschutzmaßnahmen gibt.

Zum Thema Wohnungsbau: Wenn man den Verlautbarungen Glauben schenken darf, haben mittlerweile auch die Oberbürgermeisterin und die sie unterstützenden Fraktionen und Gruppen erkannt, dass die Wohnungsknappheit *das* zentrale Problem in Köln ist. Herzlich willkommen in der Wirklichkeit! Allein: Es tut sich nichts. Das Pilotprojekt „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert - das Beispiel der Stadt Köln“ hat allen Beteiligten ins Stammbuch geschrieben, dass ein Weiter-so die schlechteste aller Handlungsoptionen ist.

Was ist also in der Zwischenzeit passiert? Das viel beschworene Wohnungsbündnis der Oberbürgermeisterin hat sich als zahnlöser Tiger erwiesen. Die Zahl von mindestens 6 000 neuen Wohnungen pro Jahr wird nicht einmal im Ansatz erreicht. Die Zahl der Baugenehmigungen stagniert mit hochgerechnet circa 2 500 auf niedrigstem Niveau.

Zum Thema Fertigstellungen: 2018 wurden circa 3 900 Wohnungen fertiggestellt. Das sind zwar mehr als im Vorjahr, aber immer noch viel zu wenig. Denn von 2015 bis 2019, also bis jetzt, sind laut bestehender Wohnraumbedarfsrechnung 30 000 fertiggestellte Wohnungen notwendig. Erreicht wurden bisher knapp über 12 000. Bis Ende des Jahres 2019 müssten also noch fast 18 000 Wohnungen fertiggestellt werden. Das ist selbstverständlich illusorisch. Da kommen wir nicht hin. Damit wird das Ziel, das wir uns gesetzt haben, deutlich unterschritten.



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 5

Alle Institutionen, die sich in der täglichen Arbeit mit dem Thema „bezahlbarer Wohnraum“ beschäftigen - allen voran der Kölner Mieterverein, aber auch die Bauunternehmen und Projektentwickler -, beklagen die Kölner Zustände.

Um es einmal auf den Punkt zu bringen: Köln ist unter den sieben größten Städten unrühmliches Schlusslicht beim Anteil der fertiggestellten Wohnungen am jährlichen Wohnraumbedarf. Und das ist eine traurige Bilanz.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Was machen in dieser Situation die sogenannten haushaltstragenden Fraktionen? Sie legen einen politischen Veränderungsnachweis vor, der die grundlegende Schieflage des Haushalts nicht einmal im Ansatz zu korrigieren versucht.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

Verstehen Sie mich nicht falsch: Natürlich ist es sinnvoll, auch im Kleinen Unwuchten im Haushalt zu korrigieren und so die wichtigen Aufgaben von Vereinen, Trägern und Initiativen zu stärken. Insofern können wir vielen Positionen in Ihrem VN zustimmen; gar keine Frage.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach! - Niklas Kienitz [CDU]: Sie waren ja noch nicht einmal in der Lage, einen eigenen Vorschlag vorzulegen!)

Es fehlt aber der Wille der politischen Steuerung im Ganzen. Und dafür ist ein Haushalt auch gemacht. Das gilt insbesondere bei den großen Themen: Wohnen, Bildung und Maßnahmen gegen die soziale Spaltung in der Stadtgesellschaft. Stattdessen: altbewährtes Verteilen von Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip. Hier fehlen jegliche Vision und jeder Anspruch darauf, Köln im positiven Sinne gestalten zu wollen.

(Beifall bei der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Ich möchte Ihnen gerne einen Gegenentwurf vorstellen, nämlich unseren Plan für Köln.

(Lachen bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Jetzt hören Sie einmal gut zu.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo ist denn Ihr Änderungsantrag?)

„Wohnen. Bezahlbar. Machen.“ Der eine oder andere von Ihnen wird dieses Motto bereits ge-

hört haben. Letztes Jahr durften wir im Rat mit deutlich generem Unterton und dazwischen auch immer wieder vernehmen, dass die SPD schon wieder einen Antrag zum Bauen stellen würde. Gut so! Denn dahinter steckt für uns eine Idee, ein Lösungsansatz, um dieses Problem endlich mit hoher Schlagkraft anzugehen. Das muss auch endlich in den Köpfen aller Verantwortlichen ankommen. Deshalb halten wir unvermindert daran fest, dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung dieses Hauses zu setzen. Denn wir müssen weiterhin den Wohnungsbau ankurbeln.

Deswegen wiederholen wir unsere Forderung nach einem Wohnungsbaufonds über 500 Millionen Euro für fünf Jahre, um damit 10 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen. 2 000 neue öffentlich geförderte Wohnungen statt der 1 000 pro Jahr müssen das Ziel sein.

Mit diesem Fonds könnten aber auch Grundstücke gekauft werden, um dort öffentlich geförderten, jedenfalls preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Denn die erforderlichen Flächen müssen zu bezahlbaren Preisen bereitgestellt werden, und das ist heute in dieser Stadt bei weitem nicht der Fall.

Hier sollten wir einmal nach Wien schauen. Dort gibt es den Wohnfonds Wien. Wien verfolgt die Politik des Gemeindebaus seit Jahrzehnten konsequent und hat trotz wachsender Bevölkerung ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum.

Unsere Vorschläge, zum Beispiel in den Bereichen Kreuzfeld und Parkstadt Süd Flächen dazuzuerwerben, wurden stattdessen hier im Rat abgelehnt. Damit wurden der Stadt die Gestaltungsmöglichkeiten genommen.

Zudem können wir es uns aber auch nicht leisten, Potenziale wie beim Projekt „Nördlich Coloniuss“ oder auf dem Sürther Feld oder durch Errichtung von Wohnungen über Parkplätzen oder Lebensmittelmärkten einfach liegen zu lassen. Allein hier wurden von der CDU, den Grünen und der Oberbürgermeisterin in den letzten Ratssitzungen rund 2 700 Wohnungen auf Eis gelegt.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

So kommen wir bei diesem Thema nicht weiter. Wir brauchen an dieser Stelle Bewegung, und zwar schnell.

Im Übrigen gilt unverändert: Wohnraum, insbesondere bezahlbarer Wohnraum, ist ein Wert an sich und stellt mittlerweile einen echten Standort-

faktor dar. Er hilft auch, die Attraktivität von Arbeitgebern in Köln zu stärken. Dies muss nutzbar gemacht werden, um den Fachkräftemangel auch über diesen Weg überwinden zu helfen. Wir wollen deshalb den Werkwohnungsbestand ausbauen und erwarten von den großen Arbeitgebern in Köln, aber allen voran auch von dem Konzern Stadt im weitesten Sinne, also mit allen Beteiligungen, die dazugehören, 1 000 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren.

Bildung kostenfrei für alle: Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Köln fängt bei kostenfreien Bildungsangeboten für alle an - mit bedarfsgerechter und gebührenfreier Kinderbetreuung und individueller Förderung in jeder Altersstufe. Dazu gehören präventive Unterstützungsangebote und früh ansetzende und nachhaltige Hilfesysteme für benachteiligte Kinder und Jugendliche, aber auch Bewegungs- und Sportangebote, um den aufwachsenden Generationen vielfältige Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Gesundheitsförderung zu geben.

Vor dem Hintergrund von Schulbaunotstand und Sanierungsstau ist eine bedarfsgerechte Veranschlagung von Bauunterhaltungsmitteln ein wichtiges Signal an die Schulen.

Der Bedarf an weiteren Gesamtschulen in Köln wird durch die jährliche Ablehnung von mehreren Hundert Kindern im Anmeldeverfahren dokumentiert. Der Bau neuer Gesamtschulen muss in Köln prioritär vorangetrieben werden. Es müssen alle Anstrengungen gebündelt werden, um die Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die schon bestehenden Gesamtschulen in ihrer größtenteils maroden Bausubstanz aus den 70er-Jahren brauchen die Sicherheit, dass ihre Instandsetzung im Haushalt nicht nur verankert, sondern auch in Abwägung sonstiger Interessen vorrangig betrieben wird.

Das Landesförderprogramm für Sozialarbeit in Schulen ist bis Ende 2020 befristet. Aber noch immer ist die Weiterfinanzierung von bislang 5 Millionen Euro auf Landesebene ungeklärt. Auch da können sich Fraktionen, die dort Verantwortung tragen, dafür einsetzen, dass das verändert wird.

Wir fordern aber gleichwohl den weiteren Ausbau von Schulsozialarbeit auf Basis des vorgelegten Konzepts der Fachverwaltung unter Berücksichtigung der besonderen sozialen Lage der jeweili-

gen Schule. Nur so kann das Ziel der Bildungsgerechtigkeit dauerhaft und nachhaltig erreicht werden. Das bedeutet eine sukzessive und konsequente Doppelbesetzung aller Schulen, deren Schüler eine überdurchschnittliche Armutsbelastung aufweisen, mit Sozialarbeit, vorrangig an Grundschulen und Gesamtschulen sowie an besonders großen Schulen, die ebenfalls mehr Kapazitäten an Schulsozialarbeit benötigen, und im Anschluss daran die Schließung von Versorgungslücken. Wir wiederholen daher unsere Forderung, 100 weitere Stellen für Schulsozialarbeit zuzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Übermittagsbetreuung von Schülerinnen und Schülern an weiterführenden Schulen ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Chancengleichheit für Kinder aus benachteiligten Familien. Für 2018 wurde 1 Million Euro für deren Stabilisierung und qualitative Ausweitung zugesetzt. Diese Aufstockung hat man für 2019 in den Verwaltungshaushalt aufgenommen und zusätzlich 200 000 Euro für die Einrichtung neuer Gruppen zugesetzt - allerdings nur auf das Haushaltsjahr 2019 begrenzt. Für die Träger der Übermittagsbetreuung muss aber Planungssicherheit über die einzelnen Haushaltsjahre hinweg hergestellt werden, damit sie ihre Angebote konzeptionell verstetigen können.

Kölner Kinder müssen aber auch schwimmen lernen. Wir fordern daher neue Schwimmbäder für Köln,

(Ulrich Breite [FDP]: Ach!)

sowohl Schulschwimmbäder als auch öffentliche Bäder mit Wasserzeiten für die Schulen.

(Zuruf von der CDU: Ihr habt sie doch selber abgeschafft!)

Schon jetzt existiert eine Unterdeckung bei Wasserflächen für das Schulschwimmen in den Stadtbezirken mit besonders hohen Zuwachszahlen in den jüngeren Bevölkerungsgruppen. Deswegen besteht hier dringender Handlungsbedarf, mehr Wasserzeiten zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Soziale Stadt Köln: Die Veedel sind der Ort der Kommunikation, des Zusammenhalts und der Verantwortung füreinander. Das Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“ muss ausgebaut und mit zusätzlichen Schwerpunkten versehen werden. Dabei sollen sowohl die Unterstützung altengerechten Wohnens in den Veedeln als

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 7

auch deutliche Verbesserungen bei der Mobilität und eine sinnvolle Verbindung von Wohnen und Arbeiten in den Veedeln zentrale Rollen spielen. Dies betrifft in einer wachsenden und sich verändernden Stadt die alten Menschen. Ihnen so lange wie möglich das Wohnen in den eigenen vier Wänden und der vertrauten Umgebung zu sichern, ist eine zentrale Aufgabe - aus Gründen der Vorsorge ebenso wie aus finanziellen Gründen. Dafür müssen wir die vorhandenen Institutionen, Hilfsangebote und Beratungsleistungen stärken, vertiefen und leichter zugänglich machen. Die Vorschläge und Forderungen der Seniorenvertretungen und der Wohlfahrtsverbände liegen seit langem auf dem Tisch. Taten sind hier überfällig.

Die Mobilität im Veedel verlangt einschneidende Verbesserungen. Fußgänger und behinderte Menschen klagen über enge, zugestellte Fußwege. In etlichen Veedeln fehlt seit Jahren und Jahrzehnten der schnelle und sichere Anschluss an das Zentrum. Genauso wichtig ist es, im eigenen Veedel kurze Wege zu haben. Manches Auto bliebe stehen, wenn ausreichend innerörtliche ÖPNV-Angebote vorhanden wären. Das würde sowohl älteren Menschen als auch jüngeren Menschen mit Kinderwagen sowie Menschen mit Behinderungen helfen. So würde ein Veedel wirklich inklusiv.

Bedrückend ist auch die Wohnsituation junger behinderter Menschen. Die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt trifft sie doppelt und dreifach. Keine behindertengerechte und bezahlbare Wohnung zu haben, bedeutet für sie, weit in das Erwachsenenalter hinein von Eltern und Geschwistern abhängig zu sein und in allzu vielen Fällen dann jung ins Heim zu müssen. Auf diesem Feld sind vielfältige Anstrengungen überfällig. Eine entsprechende Initiative ist in diesem Haushalt aber auch nicht zu erkennen.

Angesichts der sich dramatisch verändernden Arbeitswelt, der Verkehrsbelastungen und der Betreuungssituation in Familie müssen wir Arbeit und Beschäftigung zurück in die Veedel holen. Deswegen brauchen wir eine sinnvolle Verknüpfung dieser beiden Felder. Auch dazu sind keine Initiativen erkennbar.

Veedelsbezogen sind aber auch einige unserer Vorschläge für Mittelverwendungen der Kulturförderabgabe gewesen. Die Mehrheiten haben das abgelehnt. Ich will sie trotzdem erwähnen. Neben der Förderung klassischer Kulturangebote mit der Sicherstellung des generell freien Eintritts in städtische Museen - Sie erinnern sich; auch das haben wir hier schon diskutiert - wollen

wir besonders die Veedelskultur stärken. Die Bezirke sollten nach unseren Vorstellungen 100 000 Euro pro Jahr erhalten, um Angebote in sozial benachteiligten Quartieren sowie im Bereich der interkulturellen Verständigung und aktivierenden Integration zu unterstützen.

Zudem möchten wir und wollten wir in unserem entsprechenden Änderungsantrag, da das Mehrheitsbündnis zu diesem Thema praktisch schweigt, einen Beitrag zur Klimaverbesserung in unserer Stadt leisten. Wir stellen uns nämlich vor, dass 1 000 Bäume für und in Köln gepflanzt werden. Die Standorte sollen sich an den örtlichen Bedürfnissen orientieren. Hier ist vieles denkbar, sowohl Alleepflanzungen als auch eine Begrünung im Rahmen der Attraktivierung von Plätzen.

Selbstverständlich gehört für uns auch die Bekämpfung von Antisemitismus und Rechtsextremismus zu den Grundpfeilern einer sozialen Stadt Köln. Gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in unserem Land ist es erforderlich, diesen Themen noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, warum das Haushaltsbündnis den Vorschlag des Vereins EL-DE-Haus, eine Stelle zur Dokumentation antisemitischer Übergriffe sowie zur Hilfe und Beratung von Betroffenen einzurichten, im Stellenplan nicht berücksichtigt hat. Dies sollte schnellstmöglich nachgeholt werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich komme zum Schluss. Auch dieser Haushalt lässt jeglichen ernst gemeinten Gestaltungsanspruch vermissen. Das bedeutet zwei weitere verlorene Jahre für Köln, in denen die drängenden Probleme allenfalls verwaltet, aber jedenfalls nicht mit aller Kraft angepackt werden. Schlimmer noch: Die Kürzungen insbesondere im Bildungsbereich gehen nachhaltig zulasten künftiger Generationen.

Wir fordern dagegen glasklare Schwerpunktsetzung bei den Herausforderungen bezahlbarer Wohnraum, gleiche Bildungschancen für alle und Verhinderung der sozialen Spaltung in dieser Stadt.

Diese sind allerdings nicht im Ansatz erkennbar. Deshalb lehnen wir diesen Doppelhaushalt hier und heute ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, Ihnen, Frau Kämmerin, und allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung recht herzlich danken. Denn erstens haben Sie bei der Einbringung des Haushalts die Frist eingehalten, obwohl Sie deutlich mehr Belastungen hatten, weil es ein Doppelhaushalt ist. Das alleine ist schon eine Anerkennung wert. Zweitens haben Sie auch einen guten Haushalt vorgelegt - einen Haushalt, der den Problemen dieser wachsenden Stadt angemessen ist. Das muss man an dieser Stelle wirklich einmal würdigen, insbesondere nach dem Kommentar des Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Was die einzelnen Themen angeht, die der Kollege gerade angesprochen hat, wollen wir doch einmal zur Realität kommen. Beginnen wir mit dem Schulbau. Sie haben gesagt, da passiere ja überhaupt nichts; wir investierten ja *nur* 300 Millionen Euro. Ich möchte Ihnen einmal einige Zahlen ins Gedächtnis rufen. Die CDU und die Grünen dürfen seit 2015 zusammen Verantwortung in dieser Stadt tragen. Lassen Sie einmal Revue passieren, was wir 2015 vorgefunden haben. Das waren mindestens 1,5 Milliarden Euro Sanierungs- und Erweiterungstau, den Sie zehn Jahre lang haben anwachsen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig haben wir 2015 eine Leistung der Gebäudewirtschaft von maximal 50 Millionen Euro vorgefunden. Und wir waren kreativ. Wir haben erstens dafür gesorgt, dass die Prozesse in der Gebäudewirtschaft optimiert worden sind, und zweitens über Generalübernehmer- bzw. Totalübernehmermodelle auch die private Wirtschaft mobilisiert, um diesen Stau abzubauen. Im Jahr 2019 werden tatsächlich nicht mehr 50 Millionen Euro ausgegeben, sondern schon mindestens 175 Millionen Euro. Wenn wir die kleineren Investitionen dazuzählen, sind wir bereits bei über 200 Millionen Euro. Im nächsten Jahr werden wir 300 Millionen Euro ausgeben. Im Jahr 2021 werden es dann 350 Millionen Euro sein.

Das heißt, dass wir ganz konkret Geld in sanierte Gebäude investieren und in neue Gebäude um-

tauschen. Damit bauen wir innerhalb einer Legislaturperiode zwei Drittel des gesamten Staus, den Sie in mehr als zehn Jahren aufgebaut haben, ab. Das ist eine positive Leistung. Und das gilt es nicht zu kritisieren. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, durch unsere Stadtteile zu fahren - ich habe das während der Sommerpause getan -, sehen Sie doch, was in allen Stadtbezirken geschehen ist. Es sind wunderbare Schulbauten gewachsen.

Wir bekommen Bauten jetzt auch in einer vernünftigen Zeit hin. Es war Ihre Dezernentin, die akzeptiert hat, dass Schulen von der Planung bis zur Fertigstellung in 13 Jahren gebaut werden sollten. 13 Jahre von der ersten Überlegung bis zur Umsetzung! Das ist lächerlich, Herr Kollege.

(Beifall bei der CDU - Christian Joisten [SPD]: Wo sind Sie denn schneller geworden? In Ostheim stehen die Schüler auf der Straße!)

So weit zum Thema Schulbau.

Das Gleiche gilt für das Thema Kindergartenbau. Sie haben das heute immer noch nicht verstanden. Die Landesregierung hat es ja ermöglicht, dass auch das zweite Kindergartenjahr kostenfrei ist. Trotzdem ist das notwendig, weil wir einen steigenden Bedarf haben. Wir haben unverändert eine Vielzahl von Familien, bei denen beide Partner arbeiten müssen,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen!)

die einen Platzbedarf haben. Insofern haben wir die Quoten weiter erhöht. Denn es ist wichtig, das Geld nicht mit der Gießkanne auszuschütten, sondern es dorthin zu geben, wo wir in neue Plätze investieren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den Sie bis heute nicht verstanden haben.

Das Gleiche gilt für das Thema Wohnungsbau. Auch das ist doch eine Schimäre. Sie tragen seit Jahr und Tag Ihr 500-Millionen-Euro-Programm vor. Es ist typisch sozialistisch, immer die goldenen Berge - 500 Millionen Euro - zu versprechen. Aber Sie haben bis heute nicht erkannt, dass es gar nicht am Geld mangelt. Genügend Geld ist vorhanden. Es gibt Landesprogramme, es gibt ein kommunales Förderprogramm, und es gibt eine Vielzahl von privaten Investoren, die investieren wollen. Was Sie während Ihrer zehn Jahre Amtszeit hier in Köln nicht geschafft haben, ist hingegen, neues Bauland auszuweisen. Daran



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 9

mangelt es doch in erster Linie. Da ist ja nichts passiert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

Schauen wir uns jetzt einmal an, welche Projekte wir in den letzten Jahren vorangebracht haben. Unser Stadtentwicklungsausschuss-Vorsitzender hat ja zusammen mit der Verwaltung hart darum gekämpft, dass wir hier gemeinsame Initiativen haben.

Ich nenne nur einmal das Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Dort ist Potenzial für 16 000 neue Wohneinheiten identifiziert worden, das jetzt sukzessive abgearbeitet wird. Da können Sie doch nicht sagen, da sei nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Zahl sind die einzelnen Großprojekte noch gar nicht enthalten. Schauen Sie sich den Deutzer Hafen an. Auch dort haben wir die Dinge vorangetrieben. Demnächst werden da die ersten planerischen Gestaltungsmaßnahmen fortgeschrieben. Das sind 3 000 Wohneinheiten in diesem Bereich. In der Parkstadt Süd werden es 1 500 Wohneinheiten sein. Das Gleiche gilt in Mülheim und genauso in Rondorf Nord-West. Da rollen ja schon die Bagger.

(Christian Joisten [SPD]: Wer hat es denn aufgesetzt?)

Die Industriebrachen sind dort schon abgebrochen worden. Die Planungen laufen, und mit den Baugenehmigungen geht es voran.

Es ist auch eine Schimäre, dass wir zu wenige Baugenehmigungen hätten. Wir haben im Jahr 2018 fast 4 000 Wohneinheiten fertiggestellt. Insofern kann man doch nicht sagen, da passiert nichts. Wir haben das Thema auf der Agenda und in dem Haushalt klare Akzente gesetzt. Die Wohnungsbauinitiative läuft.

Aber wenn zehn Jahre geschlafen wurde, kann man nicht über Nacht per Fingerschnippen mal eben 50 000 Wohnungen auf den Markt bringen. Das funktioniert nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

So weit zum Thema Wohnungsbau.

Nächster Teil: Sie sagen ja immer, es werde zu wenig investiert. Wir investieren insgesamt in die Mobilität. Allein in den letzten Jahren haben wir nur in die Straßensanierung 250 Millionen Euro

investiert. Es ist ja nicht so, dass da nichts passiert wäre. Und die großen Maßnahmen stehen gerade noch an. Bei der Mülheimer Brücke ist ein dreistelliger Millionenbetrag erforderlich, weil da über Jahrzehnte nichts passiert ist. Es gab keine Sanierungen. Jetzt passiert da etwas.

Wir hören aber nicht bei dem automobilen Bereich auf, sondern wollen auch systemisch etwas tun - - Das funktioniert aber nicht als Stadt Köln alleine. Vielmehr sind wir da auf das Land angewiesen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Hausaufgaben ja auch gemacht. Wir arbeiten gerade an dem, was Köln über Jahrzehnte gefehlt hat, nämlich einem sternförmigen S-Bahn-Netz aus der Stadt heraus, damit die Pendler nicht mit dem Auto in die Stadt fahren müssen, sondern die S-Bahn nutzen können und aus den Städten der Peripherie mit ihr auch zentral zum Hauptbahnhof oder an die Ringe kommen. Das ist doch das Konzept der Zukunft. Da wird eine Menge Geld investiert.

Die Oberbürgermeisterin hat sich ja auch nachhaltig dafür eingesetzt, dass wir beim Thema „Bahnknoten Köln“ endlich zum Erfolg kommen. In der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Landesregierung und Stadtverwaltung haben wir es gemeinsam hingekriegt, dass wir über 1,5 Milliarden Euro für den Bahnknoten Köln bekommen. Das kann man doch nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch etwas Positives für unsere wachsende Stadt. Denn nur in einer guten Kombination kriegen wir die Mobilitätswende auch hin.

Sie haben angeprangert, es werde zu wenig für Klimaschutz etc. getan. Schauen Sie sich doch einmal Ihre Bilanz an. Sie haben in zehn Jahren einige Beschlüsse gefasst. Was ist denn beim Fahrradverkehr passiert? Da ist doch gar nichts geschehen. Vergleichen Sie einmal die Kilometer, die wir seit 2015 in Köln neu ausgewiesen haben, mit dem, was in den zehn Jahren vorher gelaufen ist. Dann sehen Sie doch, dass hier eine Mobilitätswende erfolgt ist. Und das sind die Dinge, die wirklich zählen.

Nun komme ich zum Thema Sicherheit. Das ist im städtischen Haushalt zwar nicht eine der größten Positionen, aber für uns auch eine der wichtigen Positionen. Hier versuchen wir - heute Nachmittag werden wir ja noch einmal darüber reden -, in Zusammenarbeit von Ordnungsamt und Landespolizei die Sicherheitssituation in der

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 10

Stadt zu verbessern. Wir haben eine ganze Reihe von Projekten gemeinsam zwischen Stadt und Land auf den Weg gebracht. Im Haushalt sind auch entsprechende Beträge enthalten. Insofern hat sich die Sicherheit in den letzten zwölf Monaten oder, wenn ich die Periode davor auch noch nehme, in den letzten 18 Monaten deutlich verbessert. Die Kriminalitätsrate in Köln ist gesunken. Das ist eine gute Entwicklung. Dazu haben auch die Maßnahmen, die wir beim Ordnungsamt eingeführt haben, mit beigetragen. Das sind Entwicklungen, die wir fortschreiben müssen.

So viel zunächst zu den Fakten. Gehen wir jetzt einmal weg von den harten Investitionspunkten und hin zu den weichen Faktoren. Es sind drei Felder, in denen wir der Stadt ebenfalls eine angemessene Politik und eine angemessene Alternative aufzeigen.

Das eine ist das Thema „Soziale Stadt“. Köln hat immer auch die besondere Verantwortung gegenüber den Menschen in allen Bereichen erkannt. Wenn ich mir anschau, was während Ihrer Zeit passiert ist, insbesondere in den Brennpunkten, muss ich feststellen, dass das ja eher wenig war. Hingegen haben wir in den letzten Monaten und in den letzten Jahren, in den letzten Haushalten genauso wie in diesem Doppelhaushalt, klar gezeigt, dass wir etwas tun. So haben wir umgesetzt, dass in den Veedeln mehr Streetworker und mehr Sozialarbeiter zur Unterstützung zum Einsatz kommen. Diese Personen sind eingestellt, und sie arbeiten. Das sind wichtige Punkte.

Das muss man wieder in Kombination sehen. Auch da hat unsere Verwaltung einen glänzenden Job gemacht, indem sie in Düsseldorf nachhaltig Fördermittel akquiriert hat.

In Chorweiler werden für die Sanierung der Gebäude, die die GAG übernommen hat, 100 Millionen Euro im Rahmen von „Soziale Stadt“ eingesetzt,

(Christian Joisten [SPD]: Wer hat es denn möglich gemacht?)

um diesen Brennpunkt zu einem vernünftigen Stadtteil weiterzuentwickeln.

(Michael Frenzel [SPD]: Sie schmücken sich mit fremden Federn!)

Das sind die Finanzmittel. Das ist die Realität in Sachen „Soziale Stadt“. Das schwarz-grüne Bündnis hat das in den letzten Jahren gemein-

sam mit der schwarz-gelben Koalition in Düsseldorf vernünftig auf den Weg gebracht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns - das bringen wir auch immer wieder zum Ausdruck - das Thema Kultur. Kultur und Sport sind die beiden wichtigen Bereiche, die auch den Kitt unserer Gesellschaft darstellen. Auch hier haben wir deutliche Akzente gesetzt.

In jedem Haushaltsentwurf seit 2015 hat die freie Szene einen wachsenden Anteil bekommen. Wir haben wichtige Akzente gesetzt. Wir haben auch eine ganze Reihe von Theatern, die teilweise von der Schließung bedroht gewesen sind, sichern können. Es klappt nicht immer; leider gibt es auch Ausnahmen. Aber grundsätzlich kann man sagen: Es ist für die freie Szene in dieser Stadt wahnsinnig viel passiert. Wir haben sie weiterentwickelt.

Wir haben aber gleichzeitig auch die Oper und die städtischen Einrichtungen nicht vernachlässigt. An dieser Stelle möchte ich auch einen Dank aussprechen. Denn die Sache mit der Opernbaustelle wird immer wieder kleingeredet. Die Opernbaustelle haben Sie uns und der Oberbürgermeisterin hinterlassen.

(Christian Joisten [SPD]: Nein, ist klar! Da war ja auch kein CDU-Dezernent beteiligt!)

Jetzt wird permanent kritisiert, das gehe nicht schnell genug. Aber hier musste ja erst einmal eine Bestandsaufnahme erfolgen, weil überhaupt keine vernünftige Bauanalyse da war. Diese Bestandsanalyse ist jetzt erfolgt. Nun gilt es, in Zeiten eines Baubooms auch vernünftige Handwerker zu finden, die das zu adäquaten Preisen entsprechend umsetzen. Auch hier kann ich nur sagen: Danke, dass die Themen ordentlich angegangen werden und die Staus sukzessive abgebaut werden! - Ich weiß, dass das keine Arbeit ist, die man über Nacht erledigt. Mittlerweile sehen wir aber Licht am Ende des Tunnels. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Neben der Kultur haben wir mit dem Sport einen weiteren wichtigen Bereich. Im Sportbereich gab es in der Vergangenheit, Gott sei Dank, einen überparteilichen Konsens. Den haben wir natürlich fortgeschrieben. Denn der Sport ist - der Breitensport genauso wie der Spitzensport - ein wichtiger Identifikationsfaktor, und zwar nicht nur für den einzelnen Bürger, sondern auch für die Stadt Köln, auch wenn unser Aushängeschild momentan in der 1. Liga nicht ganz vorne steht.

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 11**

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht ganz vorne? - Peter Kron [SPD]: Daran ist übrigens die SPD schuld!)

Ich glaube aber, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten hart daran, dass das auch wieder besser läuft.

Was haben wir in den letzten Jahren konkret für den Sport getan? Was den Breitensport angeht, möchte ich an dieser Stelle eine wichtige Maßnahme hervorheben. Sie hatten seinerzeit Gebühren für die Vereine bei der Nutzung städtischer Einrichtungen eingeführt. Das haben wir abgeschafft. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gerade die vielen kleinen Vereine, die keine solche Finanzkraft wie die großen Aushängeschilder unserer sportlichen Stadt haben, können sich diese Gebühren nur schwer leisten.

Das ist ein klares Zeichen und Bekenntnis - genauso wie die Ausweitung der Baubehilfen, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, die Aktivitäten in Sachen Kunstrasenplätze und der Einsatz für die Schwimmbäder.

An dieser Stelle danke ich auch einmal recht herzlich den Kollegen von der FDP, die immer recht hart mit uns dafür gekämpft haben, dass Schwimmflächen in dieser Stadt weiter in ausreichender Zahl vorhanden sind bzw. auch ausgebaut werden.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Denn wir haben natürlich den Anspruch - und dieser Anspruch ist in der Vergangenheit bei einigen verloren gegangen -, dass jedes Kind schwimmen können sollte, jeder Erwachsene sowieso, um hier auch die entsprechenden Gefahrenpotenziale abzubauen.

Ein letzter Punkt in dem Sportbereich, der uns als CDU auch immer wichtig war, ist das Thema Kunstrasenplätze. Zusammen mit der Verwaltung haben wir ökologische Alternativen entwickelt, weil es in unseren Breiten wichtig ist, wenn man ein Ganzjahrestraining sicherstellen will, nicht nur Naturrasenplätze zu haben, sondern auch Kunstrasenplätze, um den Vereinen die Chance zu geben, auch adäquat zu trainieren.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, bevor ich zum Schluss komme. Das ist aus Sicht der CDU einer der Punkte, die uns seit

Jahrzehnten immer wieder umtreiben und die sich seit 2015 auch in jedem Haushalt wiederfinden, nämlich die Stärkung des Ehrenamtes. Denn unsere Gesellschaft, unsere ganze Kölner Stadt, ist genau deshalb so positiv besetzt, wie sie es aktuell ist, weil wir wahnsinnig viele Ehrenamtler in allen möglichen Bereichen haben, die dafür sorgen, dass wir dieses gute Gefühl und diese hohe Lebensqualität in der Stadt haben. Es ist unsere Aufgabe als Politik, dies auch regelmäßig zu fördern, zu unterstützen und entsprechend voranzubringen.

Ich möchte einfach einmal zwei oder drei Beispiele von Dingen herauspicken, für die wir hier Jahr für Jahr neues Geld zusetzen.

Das eine ist die Freiwillige Feuerwehr. Wir haben eine sehr gute Berufsfeuerwehr. Sie funktioniert in dieser Perfektion aber nur, weil wir eine wirklich exzellente Freiwillige Feuerwehr haben, die verschiedenste Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr oder der Gefahrenbeseitigung übernimmt. Deshalb ist es wichtig, uns nicht nur darum zu kümmern, dass auch diese Teile der Feuerwehr regelmäßig neue Ausrüstungen bekommen, sondern auch darum, dass Gebäude instand gesetzt werden. Hier ist in den letzten Jahren eine Menge Geld zugesetzt worden.

Ich denke, mit einem kleinen Applaus können wir hier noch einmal eine große Dankbarkeit für das Ehrenamt zeigen und insbesondere auch das würdigen, was bei der Feuerwehr passiert.

(Beifall)

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Karnevalisten. Wir haben erstmalig eine Unterstützung für erhöhte Sicherheitsanforderungen bei den Schull- und Veedelszöch sowie beim Rosenmontagszug auf den Weg gebracht. Seitens der Stadt Köln haben wir im Haushalt entsprechende Positionen vorgesehen, damit die Vereine entlastet werden. Denn es ist viel ehrenamtlichem Engagement zu verdanken, dass die Schull- und Veedelszöch und alle anderen karnevalistischen Veranstaltungen in dieser Qualität und mit dieser Freude und diesem Einsatz in Köln stattfinden können. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen so weit zu verbessern, dass die Dinge dann auch weiter gut laufen können.

Für die anderen Vereine haben wir vielfältige Unterstützungsmaßnahmen - nicht nur durch Baubehilfen oder sonstige Förderung - eingeführt. Das sind alles nur kleine Zeichen. Aber es sind wichtige Zeichen, um in dieser Stadt das Ehren-

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 12

amt zu stärken, das so viel zur Lebensqualität in Köln beiträgt.

Das, meine Damen und Herren, war nur ein kleiner Ausblick. Wir haben die Details unseres Haushalts ja schon sehr ausgiebig im Ausschuss besprochen. Jeder kann sich die Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die wir auch als Politik eingebracht haben, anschauen. Deshalb verzichte ich jetzt darauf, hier die gesamten Details vorzustellen.

Abschließend möchte ich dem haushaltstragenden Bündnis meinen Dank für die gute Zusammenarbeit auch bei diesem Doppelhaushalt aussprechen. Wir haben es geschafft. Am Anfang der Legislaturperiode, als Schwarz-Grün entstanden ist, hieß es ja noch: Die schaffen nicht einmal den ersten Haushalt. - Jetzt haben wir in der gesamten Periode sehr gute Arbeit geleistet. Dafür sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön und wünsche uns allen weiterhin gute Beratungen. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

**Brigitta von Bülow** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beschließt der Rat den Haushalt für die Jahre 2020 und 2021. Ich finde, das ist ein guter Erfolg, ein guter Erfolg für Köln.

An dieser Stelle möchte ich daher meinen ausdrücklichen Dank aussprechen. Danken möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die mit größter Motivation und Anstrengung dazu beigetragen haben, dass wir heute den Haushalt verabschieden können.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Stellvertretend für die vielen Menschen, die mitgewirkt haben, danke ich auch besonders herzlich der Stadtkämmerin, Frau Diemert, und der Oberbürgermeisterin, die beide dazu beigetragen haben, dass bereits zum dritten Mal in Folge der Haushalt so frühzeitig eingebracht wurde, dass er heute beschlossen werden kann - so früh, dass eine Genehmigung durch die Bezirksregierung noch in diesem Jahr möglich ist.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Die Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung sind damit endgültig vorbei. Das freut mich und die grüne Ratsfraktion sehr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Politik und Verwaltung zeigen sich damit handlungsfähig und verlässlich.

Zum wiederholten Male werden wir damit auch unserer Verantwortung gerecht, die wir Trägern, Verbänden und von städtischen Geldern abhängigen Einrichtungen gegenüber haben. Mit ihrer Arbeit im Sozial-, Integrations-, Umwelt- und Kulturbereich oder auch in den Handlungsfeldern Mobilität und Stadtentwicklung erbringen sie für unsere Stadt große Leistungen. Ihnen gebührt in hohem Maße Dank und Respekt. Wir sind es ihnen wirklich schuldig, ihnen mit einem frühzeitig verabschiedeten Haushalt Planungssicherheit zu geben. Das tun wir für die nächsten zwei Jahre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Zu begrüßen ist, dass wir ab dem Jahre 2022 einen ausgeglichenen Ergebnisplan haben werden. Ich sehe das anders als mein Vorredner von der SPD. Das Ziel, ab 2022 keine Neuverschuldung zu haben, ist greifbar. Damit werden Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit Kennzeichen des jetzigen Doppelhaushaltes - Werte, die gerade uns Grünen wichtig sind. Vielen Dank dafür, dass dieser Weg beschritten wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Und: Die durch unseren politischen Veränderungsnachweis zugesetzten Maßnahmen in Höhe von circa 26 Millionen Euro werden durch den Minderaufwand bei der Landschaftsumlage, durch Gewinnausschüttung der StEB und durch Verwendung des Zuschusses Eigenbetrieb Veranstaltungszentrum Köln gedeckt. Sie verschlechtern dadurch nicht das Ergebnis. Auch das ist uns wichtig. Weiteres Geld - das wissen Sie - kommt aus der Kulturförderabgabe.

Danken möchte ich auch meiner Fraktion für intensive Debatten zum Haushalt. Außerdem möchte ich der Runde im Haushaltsbündnis danken. Wir hatten sehr konstruktive, lösungsorientierte und durch Verantwortung gekennzeichnete Verhandlungen und können daher nun im Resultat



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 13

tat einen Haushalt verabschieden, der eine deutliche Mehrheit bekommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Lassen Sie mich dazu aber noch anfügen: Ein noch breiteres Bündnis wäre wünschenswert gewesen. Aber wie soll das gehen mit einer SPD, die - anders als DIE LINKE - nicht einmal einen eigenen politischen VN vorlegt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Ich war zugegebenermaßen fassungslos, als in der Sitzung des Finanzausschusses am 11. Oktober dieses Jahres seitens der SPD gar keine Vorschläge zum Haushalt kamen, außer zur Kulturförderabgabe. Nur einfach dagegengestimmen und investiv 500 Millionen Euro für neue Wohnungen zu fordern, wie wir gerade auch in der Rede gehört haben: Das kann es nicht sein -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

zumal alle hier im Rat wissen, dass es bei der Zahl neuer Wohnungen am wenigsten am Geld scheitert. Denn Köln erhält in den Jahren 2019 bis 2022 jährliche Landesmittel in Höhe von 95 Millionen Euro für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Im Stadthaushalt stehen zusätzlich zur Landesförderung unvermindert jährlich 33 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms zur Verfügung.

(Michael Frenzel [SPD]: Die nicht abgerufen werden!)

Eine Stadt gestalten zu wollen, setzt vor allem voraus, Verantwortung für den städtischen Haushalt mit zu übernehmen. Wie wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, denn den Kölnerinnen und Kölnern erklären, dass Sie nicht einmal Anstalten gemacht haben, den Haushalt mit zu gestalten?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Übernahme demokratischer Verantwortung sähe meines Erachtens anders aus - erst recht für die zurzeit noch größte Fraktion hier im Kölner Rat.

(Heiterkeit bei der CDU - Michael Frenzel [SPD]: Wir werden sehen!)

Bevor ich zu unseren politischen Schwerpunkten komme, lassen Sie mich noch zwei Dinge anmerken:

Erstens. Warum beschließen wir einen Doppelhaushalt? Wir verabschieden ihn, weil er Planungssicherheit und Verlässlichkeit beinhaltet - über die Kommunalwahlen hinweg. Direkt nach den Wahlen muss sich der Rat konstituieren. In dieser Zeit müssten sonst die Haushaltsberatungen laufen. Wir schaffen also heute auch schon für 2021 die notwendige Planungssicherheit und gewährleisten die Umsetzbarkeit der heute und in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Vorhaben für Köln. Auch damit zeigen wir Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit.

Zweitens. Im Vorfeld des Finanzausschusses und auch schon in der Presse gab es große Diskussionen zu den Kürzungen im Jahr 2021 und zu der angeblich mangelnden Transparenz seitens der Verwaltung. Lassen Sie mich dazu Folgendes anmerken: Der Haushaltsplanentwurf und auch die Aufstellung waren von großer Transparenz geprägt. Vorwürfe der Opposition wie „Vertuschen und Tricksen“, wie wir sie im Oktober hören mussten, und die Behauptung, dass erst hinterrücks Einsparungen deutlich geworden seien, entbehren wirklich jeder Grundlage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Denn es gab bereits im Mai dieses Jahres entsprechende Mitteilungen im Finanzausschuss dazu und auch zu den notwendigen Konsolidierungen.

Es wäre die Aufgabe aller Fachbeigeordneten gewesen, für ihre Fachdezernate auch die haushaltswirtschaftliche Verantwortung zu tragen und umsichtig zu konsolidieren. Leider sind nicht alle Fachbeigeordneten dieser Verantwortung nachgekommen. Die Reaktionen darauf und die Irritationen, die dadurch ausgelöst wurden, sind allzu bekannt. Sie wurden ja eben auch noch einmal in epischer Breite ausgeführt.

Um die dann doch im Haushaltsplanentwurf für 2021 erscheinenden Kürzungen rückgängig zu machen, haben wir daher unter anderem in unserem Haushaltsbegleitbeschluss im Finanzausschuss beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ... aufgrund von Kürzungen entstandenen Aufwandsminderungen in Teilergebnisplänen ..., die auf rechtlichen Verpflichtungen aus Verträgen, gesetzlichen

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 14

Bestimmungen, Ratsbeschlüssen oder politischen Haushaltsbeschlüssen beruhen, zurückzunehmen.

Um das jetzt nicht im Amtsdeutsch zu sagen: Kontraproduktive Kürzungen sind nach unserem Haushaltsbegleitbeschluss zurückzunehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Aber mit welchem Geld, haben Sie nicht gesagt!)

- Das steht auch drin. Sie können ja lesen.

(Heiterkeit und Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Nun komme ich zu unseren eigentlichen politischen Schwerpunkten im Doppelhaushalt.

Unser grünes Ziel ist eine lebendige, lebenswerte, zukunftsfähige Stadt für alle Menschen, die hier leben. Dazu gehören für uns: gute Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche zu schaffen, eine sozial gerechte, integrative und vielfältige Stadt für alle, mehr Grün, mehr Gesundheit und gute Ernährung und Raum für Kultur - um nur einige zu nennen.

Auch insgesamt kann ich - das verstehen Sie - bei weitem nicht alles das einzeln aufzählen, was wir mit diesem Haushalt auch auf politische Initiativen hin beschließen werden.

Aber betonen möchte ich: Der Haushaltsplan 2020/2021 finanziert neben allen pflichtigen Aufgaben die Aufgaben, Programme und Initiativen, die wir als politisches Haushaltsbündnis über viele Ratsbeschlüsse und politische Initiativen seit 2015 entschieden und auf den Weg gebracht haben.

Zusätzlich setzen wir mit dem Haushaltsplanentwurf und der Verwendung der Erträge aus der Kulturförderabgabe für Mobilität, Klimaschutz, Wohnen, Bildung, gesunde Ernährung, Kultur- und Kreativszene weitere wichtige Impulse und Schwerpunkte.

Wie schon gesagt: Ein Ziel ist es, mit diesem Haushalt Kinder und Jugendliche weiter zu stärken.

Kinder und Jugendliche verbringen einen Großteil des Tages in der Schule. Schulgebäude sind daher ein wichtiger pädagogischer Faktor. Nur in einer guten räumlichen Atmosphäre können Kinder und Jugendliche optimal lernen. Schulgebäude, die intakt sind, zeigen Kindern und Jugendlichen, dass sie ernst genommen und wertgeschätzt werden. Das ist nicht nur eine wichtige

Voraussetzung, um gut lernen zu können; es ist auch eine wichtige Voraussetzung zum Erlernen sozialer Kompetenz und Verantwortung.

Für Schulsanierung und Schulbau stehen im Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft von 2019 bis 2021 insgesamt 770 Millionen Euro zur Verfügung. Unser Haushaltsbündnis hat diese Summe durch den vorliegenden Haushaltsantrag für 2021 um nochmals 50 Millionen Euro aufgestockt. Zudem wird das wichtige Sanierungsprogramm Schultoiletten mit weiteren 3 Millionen Euro ausgestattet.

Alle Kinder und Jugendlichen sollen die gleichen Chancen haben. Eine Voraussetzung dafür haben wir wieder geschaffen: Die wertvolle und immens wichtige Schulsozialarbeit haben wir um 15 weitere Stellen aufgestockt.

Wichtig sind uns auch die zugesetzten Stellen für den IT-Techniksupport an Schulen, damit die IT-Bildung vor Ort auch tatsächlich laufen und gelingen kann. Die Voraussetzungen dafür wollen wir noch einmal verbessern.

Zu einer besseren Schulumwelt sollen ebenfalls die 500 000 Euro beitragen, die wir zur Schulhofbegrünung und -entsiegelung eingesetzt haben. Denn auch Schulhöfe sind wichtige Aufenthaltsorte in der Schule.

Mit dem Haushaltsbeschluss haben wir uns auch klar zur Kindertagesbetreuung positioniert. Auch das wurde vorhin schon angesprochen. Da die Neufassung des Kinderbildungsgesetzes - KiBiz - aber noch nicht verabschiedet ist, haben wir mit dem politischen Veränderungsnachweis bereits einen Vorratsbeschluss gefasst, damit ein gegebenenfalls notwendiger Mehraufwand, der sich aus dem KiBiz ergibt, dann auch gesichert werden kann.

Nach wie vor haben wir auch die weitere Schaffung von Kita-Plätzen im Blick. Hier ist viel passiert. Es sind zahlreiche neue Plätze geschaffen worden. In einer prosperierenden Stadt wie Köln wächst der Bedarf aber ständig.

Daneben steigern wir zum Beispiel mit 5 Millionen Euro den weiteren Bau von Spiel- und Wasserspielflächen.

Sie sehen: Kinder und Jugendliche liegen uns wirklich am Herzen.

Mit Blick auf die wachsende Stadt stärken wir auch weiterhin die Struktur der offenen Jugendarbeit mit 700 000 Euro.

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 15**

Auch Folgendes gehört zu dem Bereich „Kinder und Jugendliche“: Ein Schwerpunkt liegt in diesem Haushalt auf der kulturellen Bildung, die ein vielfältiges Angebot umfasst. Ein Beispiel: Wir wollen Kindern und Jugendlichen weiterhin durch freie Eintritte in die Sonderausstellungen ermöglichen, die Museen aufzusuchen. Das haben wir jetzt in diesem Haushalt abgesichert. Gegebenenfalls werden auch die Tickets für die Fahrten zu diesen Ausstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen finanziert.

Was mit der Rathausschule sehr erfolgreich begann, wollen wir vertiefen und erweitern. Wir wissen alle, wie wichtig demokratische Bildung ist. Um Kinder weiter fit für ein demokratisches Lernen zu machen, haben wir Gelder zugesetzt, damit die politische Bildung auch auf Bezirksebene erfolgen kann. Hierdurch können wir nun viel mehr Kinder und Jugendliche erreichen als bisher.

Im Bereich Jugend liegt uns Grünen auch die Mädchenarbeit besonders am Herzen. Hier unterstützen wir die wertvolle Arbeit des Handwerkerinnenhauses und den Aufbau des zweiten Mädchenhauses, aber auch ein Projekt wie girlspace, ein außerschulisches medienpädagogisches Angebot für das Erlernen eines sicheren, eigenverantwortlichen Umgangs von Mädchen mit den digitalen Medien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun komme ich zu unserem zweiten Schwerpunkt. Wir Grüne setzen uns in diesem Haushalt für eine sozial gerechte und partizipative Stadt für alle ein. Die Lebensbedingungen der Bewohnerinnen und Bewohner in Köln zu verbessern, ist dabei unser Hauptziel.

Dazu gehört auch, Lösungen für die Menschen anzubieten, die weitestgehend gesellschaftlich ignoriert werden: Menschen ohne Wohnung. Deshalb haben wir den Housing-First-Ansatz für langzeitobdachlose Menschen als ergänzenden Baustein der Kölner Wohnungslosenhilfe eingebracht. Dafür stellen wir insgesamt 5,4 Millionen Euro bereit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Haushaltsbegleitbeschluss befürwortet das Haushaltsbündnis „die Etablierung eines barrierefreien dritten Frauenhauses mit der Aufnahmemöglichkeit für Jungen über 12 Jahren“. Die Verwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Grundstück dafür vorzuschlagen und beim Land NRW den Bedarf anzumelden. Denn nur mit ei-

ner Landesförderung wird sich dieses Vorhaben realisieren lassen. Wir sind froh, dass wir auf diesem Weg jetzt einen entscheidenden Schritt weitergekommen sind; denn die Notwendigkeit für ein drittes Frauenhaus ist, glaube ich, allen geläufig und bekannt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Die Interkulturellen Zentren tragen durch ihre vielfältigen Integrationsangebote zum gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft bei. Diese stärken wir mit weiteren 236 000 Euro jährlich.

Menschen müssen in einer lebenswerten Stadt Räume der Begegnung haben. Wir haben die Zuschüsse für Begegnungsstätten und soziokulturelle Nutzungen deswegen um insgesamt 650 000 Euro erhöht. Außerdem haben wir Geld eingestellt, um den Wiener Platz langfristig zu lebenswerteren Begegnungsort werden zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Seit 2006 gibt es das Programm „Lebenswerte Veedel“ - auch diesen Begriff haben wir schon gehört -, durch das sinnvolle präventive Angebote und frühzeitige Hilfen vor Ort in den Quartieren entstehen. Die Ausweitung dieses Programms finanzieren wir deshalb mit zusätzlichen 600 000 Euro für die nächsten zwei Jahre.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie sehen: Wir reden nicht nur und fordern nicht nur, sondern schaffen auch Tatsachen, auch in diesem Bereich „Lebenswerte Veedel“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser dritter Schwerpunkt ist: mehr Grün, mehr Gesundheit und gesunde Ernährung. Eine lebenswerte Stadt braucht intakte Naturräume. Wir werden daher weiterhin und zusätzlich in den Erhalt und Ausbau der städtischen Grünzonen wie auch der Straßenbäume investieren.

Alleine eine halbe Million Euro werden für Maßnahmen, die zur Erhöhung der Biodiversität führen, bereitgestellt. Weitere 400 000 Euro sind für standortgerechte Heckenbepflanzung und weitere Begrünungsmaßnahmen eingesetzt worden. Auch dies ist ein zusätzlicher Beitrag gegen das Insektensterben und für den Klimaschutz.

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 16**

Weitere Maßnahmen, die jetzt durch den Haushalt finanziert werden, sind die energetischen Erneuerungen bei der Straßenbeleuchtung und die Entsiegelung und Begrünung von Flächen - zum Beispiel Schulhöfen, wie schon genannt -, um nur einiges anzuführen.

Unsere Ernährung hat einen erheblichen Einfluss auf unsere Gesundheit und die Gesundheit unserer Kinder, auf unser Klima und auf die globale und die lokale Wirtschaft. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Ernährungspolitik wieder zurück auf die lokale/regionale Ebene geholt wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb liegt ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushalts auf der Förderung und Umsetzung einer nachhaltigen und lokalen Ernährungsstrategie. Mit dem dazugehörigen Handlungsleitfaden ist 2019 erstmals in Deutschland in Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft, dem Ernährungsrat und der Stadtverwaltung ein Strategiepapier für die kommunale Ernährungswende entstanden. Dieses werden wir sowohl personell als auch monetär fördern und umsetzen. Damit zeigen wir auch, dass wir es tatsächlich ernst meinen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kurz gehe ich auf unseren vierten Schwerpunkt, die Stärkung der Bezirke, ein. Die Bezirksvertretungen werden ab 2020 circa 50 Prozent mehr bezirksorientierte Mittel erhalten. Diese Forderung hätte ich eigentlich auch von der SPD erwartet. Das ist eine reale Stärkung der Bezirke, die nun für bezirksorientierte Aufwendungen auskömmlicher als zuvor ausgestattet sind.

Für die Bezirke stehen im Haushalt zusätzliche Mittel bereit für Maßnahmen zur Barrierefreiheit, für die Beschleunigung von Spielplatzbau und für Wasserspielplätze, aber auch für die Revitalisierung der Wochenmärkte.

Ein wichtiges Thema, das Sie bestimmt schon vermisst haben, ist unser fünfter Schwerpunkt, nämlich Mobilitätswende und Verkehr. Auch bei der Verkehrswende haben wir den Haushalt an den entscheidenden Stellen weiter geschärft. Neben den im Haushalt schon vorhandenen Mitteln für den Ausbau von Radwegen und die Stärkung von Bus und Bahn haben wir Zusetzungen vorgenommen.

Wir werden die Einführung von On-Demand-Angeboten bei der KVB beschleunigen, damit auch die letzten weißen Flecken in Köln ver-

schwinden, sodass alle Menschen gut und zuverlässig an den ÖPNV angebunden werden und nicht mehr meinen, zwingend ins Auto steigen zu müssen.

Auch für WLAN in den Bahnen steht Geld bereit. Das ist uns ebenfalls wichtig.

Wir haben die Stelle eines oder einer Fußgänger\*innenbeauftragten eingerichtet - es ist schwierig, das zu gendern, aber nur sprachlich schwierig - und die Mittel für die Barrierefreiheit im Quartier erhöht. Denn zu Fuß ist jede/jeder in dieser Stadt unterwegs. Dabei ist für uns klar, dass das sicher und auch komfortabel sein muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben Mittel für eine weitere Stelle für die Bearbeitung des Sustainable Urban Mobility Plan - SUMP - vorgesehen, damit wir unsere Ziele für eine nachhaltige Mobilität in Köln tatsächlich schneller umsetzen können. Sie kennen alle den Umsetzungsstau. Diese Stelle dient dazu, dass da kein Stau entsteht.

Wir werden den Bau einer weiteren Rheinquerung für Fußgänger und Radfahrer vorantreiben und durch die Machbarkeitsstudie einer Neuordnung der Verkehre am Barbarossaplatz weitere Anreize setzen, auf Bus und Bahn umzusteigen und natürlich insgesamt häufiger das Rad zu nutzen.

Sechster und letzter Schwerpunkt, auf den ich heute eingehe: Räume erhalten und schaffen für Kunst und Kultur, neue Impulse setzen und Strukturen bewahren. Köln soll in seiner Vielfalt auch tatsächlich für alle erlebbar und lebenswert sein. Dazu gehört auch, entsprechende Räume zur Verfügung zu stellen, sowohl reale als auch ideale. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung für die Freiheit von Kunst und Kultur. Das ist uns Grünen wichtig. Wir freuen uns, dass wir dies auch im Haushalt abbilden können.

Wir haben im investiven Bereich 5 Millionen Euro zum Ankauf des Kulturbausteins Heliosgelände bereitgestellt, ebenso eine weitere Million Euro für zusätzliche Atelier- und Proberäume und zusätzlich Gelder für Planungs- und Baukosten kultureller Räume.

Sie sehen: Wir machen ernst mit dem Kulturrumschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 17

Die Akademie der Künste der Welt erhält nach ihrer Stabilisierung wieder einen Mittelzuwachs, in 2021 auf 1 Million Euro jährlich.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

- Hört, hört; genau. - Das Afrika Film Festival und Africologne werden weiterhin auf stabile Füße gestellt und nachhaltig gesichert.

Der Frauengeschichtsverein - ein Projekt, das mir besonders am Herzen liegt - erhält endlich die nachhaltige finanzielle Ausstattung, die seiner jahrzehntelangen qualitativen Arbeit entspricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die freie Musikszene erhält einen deutlichen Aufwuchs in allen ihren unterschiedlichen Sparten.

Wir stärken die Kreativwirtschaft.

Durch die Kulturförderabgabe können wir auch weiterhin den Medienetat der Stadtbibliothek fördern, die Samstagsöffnungszeiten garantieren und auch in Richtung Sonntagsöffnungszeiten schreiben.

Damit setzen wir konkret und finanziell hinterlegt Themen des Kulturentwicklungsplans bereits jetzt und ganz schnell um.

Sehr am Herzen liegen uns allen auch Mittel, die wir eingestellt haben zur Unterstützung der Feierlichkeiten zu 1 700 Jahren jüdischen Lebens, die 2021 in Köln stattfinden - ein Thema, dessen Relevanz uns immer deutlicher wird.

Es ließe sich noch viel mehr aufzählen.

Wichtig ist mir, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der vorliegende Doppelhaushalt bildet eine gute Grundlage für die Gestaltung der Stadt in den nächsten zwei Jahren. Er öffnet den Weg in Richtung Zukunft - in Richtung auf einen ausgeglichenen Haushalt. Dies ist nachhaltig, zukunftsfähig und generationengerecht.

Ich kann nur dafür werben, dem Haushalt zuzustimmen. Die grüne Fraktion wird das heute gerne tun. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall bei der CDU)

Ich bin ehrlich stolz. Punktgenau bei 0:00 war meine Rede zu Ende.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Mit diesem Doppelhaushalt haben wir das erste Mal seit 2014 wieder zwei Haushalte mit Kürzungen vorliegen.

Wir hatten in den Jahren 2012, 2013 und 2014 einen sehr intensiven Dialog mit der Verwaltung - mit Frau Schneider, Herrn Ropertz und der damaligen Kämmerin. In diesen Jahren hatten wir mehrfach Kürzungshaushalte, und zwar unnötige Kürzungshaushalte. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Ämter viel weniger ausgaben, als sie vorher geplant hatten. Das änderte die Kämmerei nach und nach. Plan und Ist näherten sich an. Damit kamen auch die Kürzungshaushalte zu einem Ende.

In den diesjährigen Haushaltsberatungen hat DIE LINKE Kürzungen öffentlich gemacht, die der Haushaltsentwurf vorsah. Das Jamaika-Bündnis hat sich über diese Kritik nicht gefreut, aber immerhin einen Haushaltsbegleitbeschluss eingebracht mit dem Hinweis, die Verwaltung möge die Kürzungen zurücknehmen.

(Beifall bei der LINKEN - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hätten wir sowieso gemacht!)

Die Grünen haben das verschämt so formuliert - ich zitiere -:

Die Fachdezernenten sind somit jetzt in der Pflicht, notwendige Konsolidierungen nicht zu Lasten beschlossener Maßnahmen und Programme zu betreiben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Genau. - Dass die Kürzungen zurückgenommen werden, ist schön. Aber dass Schwarz-Grün die notwendigen Finanzmittel im Haushalt nicht zur Verfügung stellt, ist unschön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die Kürzungen sollen durch Umschichtungen innerhalb der Dezernate zurückgenommen werden. Das bedeutet natürlich: Wenn man ein Loch stopft, reißt man ein neues Loch auf. Das ist ja die Logik der ganzen Sache.

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 18

Frau Kämmerin, Sie haben ein Schatzkästchen. Das ist bekannt; das weiß ich schon von vielen anderen Kämmerinnen. Denn wir haben eine glückliche Situation. Der Landschaftsverband Rheinland hat die genauen Beträge der Landschaftsumlage benannt. Es sind 374,4 Millionen Euro. Damit sind im Haushalt der Stadt Köln 20,8 Millionen Euro zu viel für den Landschaftsverband eingestellt.

Das heißt, dass wir die Möglichkeit haben, den Dezernenten diese Mittel in Höhe von 20,8 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Das ist doch mal etwas Nettes, oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN)

In der Haushaltssitzung des Finanzausschusses erklärte unsere Kämmerin ihr Angebot für einen Dialog mit allen Akteuren. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

Ich bedanke mich aber insbesondere und ausdrücklich an dieser Stelle ebenfalls bei den politischen und sozialen Akteuren, den vielen Vereinen, für ihr Engagement gegen diese Kürzungen: dem Stadtsportbund,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

den Willkommens-Initiativen, dem Runden Tisch für Integration, den Bürgerhäusern, den Jugendzentren, den Beschäftigten der VHS und dem hdak - um nur einige wenige zu nennen; es waren auch noch mehr aktiv.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Haushaltsänderungen von Jamaika und GUT sind eine Art Wünsch-dir-was-Wundertüte - nach dem Motto: Gib mir das, bekommst du das.

(Widerspruch von (Marion Heuser  
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Doch, das ist so. Wir reden ja auch miteinander. Es ist ja nicht so, dass mir das nicht bestätigt würde.

(Niklas Kienitz [CDU]: Von wem denn?)

Natürlich sind in Ihrem Haushalt auch positive Sachen enthalten.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen:  
Hui!)

Es wäre ja auch komisch, wenn es anders wäre. Aber verglichen mit anderen Haushalten ist die Kleinteiligkeit dieses Haushalts schon besonders groß. Dadurch kommt es natürlich zu einem Problem. Wenn man sagt: „Gib mir das, be-

kommst du das“, entsteht nämlich kein Konzept. Das ist ja ganz klar; denn man muss sich dann konzentrieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen  
der SPD)

Und das ist unsere Kritik, meine Damen und Herren.

Gespannt waren wir darauf, was Sie mit dem Thema Klimaschutz machen würden. Wir waren natürlich gespannt, was da jetzt kommen würde. Das war ja auch klar. Wir haben viel darüber diskutiert, dass da wirklich „Butter bei die Fische“ muss und etwas passieren muss.

Aber in Ihrem Änderungsantrag, meine Damen und Herren, ist Leere und Wüste. Das ist die Situation. Da ist nichts eingestellt. Und jetzt beschließen wir zwei Haushalte. In Sachen Klimaschutz beschließen wir zwei Haushalte. Von Ihnen ist dazu nichts drin. Das finden wir unmöglich. Einerseits ruft man den Klimanotstand aus, und andererseits tut man nichts dagegen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen  
der SPD)

In der Diskussion über eine bessere Lebensqualität und Umweltgerechtigkeit haben wir von den LINKEN gesagt: Wir brauchen schnelle Änderungen; da muss man auch Geld in die Hand nehmen. - Dem sind Sie ausgewichen und haben gesagt, das Geld müsse mit dem nächsten Haushalt bereitgestellt werden. Meine Damen und Herren, den nächsten Haushalt haben wir aber erst im Jahre 2022. Das ist noch also ganz lange hin.

Unseren im Sommer dieses Jahres gestellten Änderungsantrag zum Klimanotstand haben Sie vehement abgelehnt und haben auch konkrete Maßnahmen nicht in Angriff genommen.

DIE LINKE schlägt in ihrem Veränderungsnachweis 15 Millionen Euro für Radschnellwege vor. Das ist unsere Politik. Von Ihnen: Nichts!

Nichts, keine Investitionen: Das ist Ihr Programm. CDU und Grüne konnten sich auf ein Investitionsprogramm in Sachen Ost-West-Stadtbahn nicht verständigen. Leider gab es keine Mehrheit für eine oberirdische Variante. Dann hätten wir zumindest ein Investitionsprogramm von 250 Millionen Euro gehabt, und zwar im Wesentlichen Bundesmittel.

(Beifall bei der LINKEN)

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 19

Auch diese Mittel fehlen uns jetzt. Stattdessen haben wir Doppelplanungen für zwei Modelle. Das bedeutet Stillstand und nichts anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben diesem Stillstand, meine Damen und Herren, haben Sie aber auch das Problem, dass Sie sich aus der Daseinsvorsorge zurückziehen. Sie wollen sich aus der kommunalen Verantwortung für die Städtischen Kliniken herauswinden. Sie wollen den Großmarkt komplett in private Hand geben und sich der öffentlichen Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit frischen Lebensmitteln entziehen.

(Beifall bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Da wissen Sie aber mehr als wir, Herr Detjen!)

- Ja, wir werden es ja nachher noch diskutieren. - Ich habe auch die Worte von Frau von Bülow zur Ernährungspolitik gerade interessiert zur Kenntnis genommen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schön!)

Unser Gegenmodell lautet in Sachen Investitionen und Daseinsvorsorge: 84 Millionen Euro für Wohnungsbau, 50 Millionen Euro für Investitionen bei den Städtischen Kliniken, 2,5 Millionen Euro für ein Wohnheim für Erzieherinnen, 10 Millionen Euro für Baumaßnahmen für sichere Schulwege, 25 Millionen Euro für ein weiteres Schwimmbad.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Anwesende von CDU und Grünen, wir haben uns in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungsunternehmen in den letzten Jahren immer wieder mit Ihnen gestritten, wie viel Gewinne in den Haushalt fließen bzw. für Investitionen in den Unternehmen für die Daseinsvorsorge verbleiben.

Der Haushalt 2019 sah in der mittelfristigen Finanzplanung eine gewaltige Erhöhung der Gewinnabführung aus den Stadtwerken vor - annähernd eine Verdopplung auf fast 90 Millionen Euro. Diese Schädigung der städtischen Unternehmen haben Sie bedenkenlos mitgetragen, meine Damen und Herren von CDU, Grünen, FDP und GUT.

Umso mehr haben wir uns darüber gefreut, dass die Kämmerin nunmehr ein Machtwort gesprochen hat und die geplante Abführung in den Haushalt um einen zweistelligen Millionenbetrag

reduziert hat. Damit werden den Stadtwerken dringend nötige Investitionen möglich gemacht.

Wir reiten auf den fehlenden Investitionen auch deshalb so herum, weil wir den Anstieg von konsumtiven Mitteln nur dann in den Griff bekommen werden, wenn die Kommunen mehr investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben uns hier im Rat vor einigen Jahren einstimmig für ein besseres Wohngeld ausgesprochen. Der Bund erhöht es ja jetzt auch noch einmal. Im Prinzip ist es aber doch folgendermaßen: Mit dem Wohngeld bekommen zwar die Mieter Geld, das sie auch dringend brauchen. Aber wer erhält dieses Geld schlussendlich? Das sind die Vermieter. Sie bekommen dieses Geld.

Deswegen ziehen wir eine andere Schlussfolgerung daraus. Nachhaltiger und sozialer wäre es, wenn dauerhaft preiswerte Wohnungen geschaffen würden. Hier ist Geld zu investieren, um auf diesem Weg langfristig gesicherte Lebensverhältnisse zu schaffen und die Spirale des Zuwachses von konsumtiven Mitteln aufzuhalten. Das ist doch die Logik der ganzen Sache.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Ich möchte meine Kernthese aus der letzten Haushaltsrede bekräftigen: Nur durch die Schaffung von mehr kommunalem Wohnraum mit bezahlbaren Mieten wird die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergehen.

(Michael Frenzel [SPD]: Richtig!)

Diese strategische Diskussion vermissen wir hier im Rat, meine Damen und Herren.

Ich fand es in den Redebeiträgen von Herrn Joisten, aber auch von Herrn Petelkau absurd, dass man dem anderen so etwas vorwirft. Schließlich überschneidet sich das Ganze. Wenn einer reagiert hat, bis es dann irgendwann gebaut wird, sagt er, das habe er gemacht. Das stimmt ja gar nicht. Es sind doch Überschneidungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ja aberwitzig. Und solche lächerlichen Ausführungen finde ich in diesem Hause nicht angemessen.

Lassen Sie uns also doch festhalten: An dem schlechten Zustand des FC ist nicht die CDU und sind auch nicht die Grünen schuld.

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 20

(Heiterkeit bei der LINKEN - Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Die etablierten Parteien im Kölner Rat drücken sich meines Erachtens vor wichtigen strategischen Entscheidungen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, nämlich die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2032 an Rhein und Ruhr. Die Landesregierung tut so, als ob Köln dabei sei. Wir haben aber hier gar nicht darüber entschieden. Andere Kommunen haben das gemacht. Diese Debatte sitzen Sie einfach aus.

Wir von den LINKEN werden das hier im Rat zum Thema machen. Dann müssen Sie sich entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ob Sie für die Olympischen Spiele sind, ja oder nein. Denn Olympische Spiele sind keine Investitionen. Das ist konsumtives Geld für Brot und Spiele. Das sind Olympische Spiele - und gerade nicht Investitionen.

(Beifall von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Wenn Jamaika in Köln überhaupt investiert, dann in Hochkultur. In den letzten Ratssitzungen haben wir 150 Millionen Euro für die Städtischen Bühnen genehmigt, es wurde eine Gesellschaft für die mindestens 116 Millionen Euro teure Historische Mitte gegründet, und das Wallraf-Richartz-Museum hat 60 bis 70 Millionen Euro bekommen. Das Kölner Bürgertum ist begeistert - wir aber nicht. Wir sagen: Das ist nicht richtig.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Köln nähert sich einem ausgeglichenen Haushalt an. Möglicherweise wird dieses Ziel in 2020 erreicht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: 2022!)

Aber einen generationengerechten Haushalt haben wir dadurch noch nicht.

Generationengerechtigkeit bedeutet nicht nur, den nachfolgenden Generationen keine Schulden zu hinterlassen. Sie bedeutet, ihnen eine gute Ausbildung zu gewährleisten, einen Job, von dem man leben kann, eine Wohnung, die sie bezahlen können, und eine Stadtgesellschaft, in der man füreinander einsteht.

Meine Damen und Herren, dafür brauchen wir Ausgaben für soziale Infrastruktur in Köln, und dafür brauchen wir Investitionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kämmerei hatte vor zwei Jahren dazu eine Studie vorgestellt, zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem FiFo Köln. Das erschreckende Ergebnis war: Wir haben eine Tragfähigkeitslücke bei Investitionen, die sich in jedem Jahr auf 460 Millionen Euro beläuft.

Mit diesem Thema müssen wir uns beschäftigen. Das liegt da, und wir bearbeiten es nicht mehr, schon seit eineinhalb Jahren nicht mehr. Ich halte das für ein Unding. Das sage ich auch an die Verwaltung gerichtet. Sie beschäftigt sich meines Erachtens mit diesem Thema auch nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss eine persönliche Bemerkung machen. Zurzeit forscht das Max-Planck-Institut zu den Kölner Stadtfinanzen. Ich wurde mit der Frage konfrontiert, warum sich DIE LINKE so viel Mühe mit dem Haushalt macht, wenn ihre Forderungen sowieso abgelehnt werden. Daraufhin habe ich gesagt: Nur wer in die Tiefen des Haushalts eindringt und eigene Vorschläge macht, auch wenn sie abgelehnt werden, der blickt überhaupt erst durch.

Ich würde mir wünschen, dass jede Fraktion sich diese Arbeit mache

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Hört! Hört!)

und wir endlich einmal eine Diskussionskultur über strategische Fragen der Haushaltspolitik entwickelten. - Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. Ich hoffe, es hat Ihnen Spaß gemacht.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! CDU, Grüne, FDP und GUT haben sich darauf verständigt, den Doppelhaushalt 2020/2021 gemeinsam zu verabschieden. Trotz der anstehenden Köln-Wahl stand das Wohl der Stadt im Vordergrund - und nicht die Parteiinteressen. Mit dem Verhandlungsergebnis der vier Parteien wird wie in den Vorjahren die dringend notwendige Kontinuität in der Stadtpolitik über den Wahltag hinaus gewährleistet.

Für die FDP-Fraktion war in den Verhandlungen existenziell, dass ein ausgeglichener Haushalt



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 21

erreicht wird und die schwarze Null spätestens ab dem Jahre 2022 und in den folgenden Jahren gehalten wird.

(Beifall bei der FDP)

Dies entspricht den Forderungen im Leitbild der Kölner FDP, das wir im März dieses Jahres abgeschlossen haben. Dort heißt es im Kapitel „Die Stadt, die rechnen kann“:

Wir brauchen eine Politik, die an nachfolgende Generationen denkt und so Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Deshalb muss Köln aufhören, von seiner Substanz zu leben. Wir fordern einen ausgeglichenen Haushalt, die schwarze Null für Köln!

Das ist der Unterschied zu dem, was Sie eben gesagt haben, Herr Joisten. Diese Generationengerechtigkeit gilt nicht nur auf Bundesebene, sondern auch für uns hier in Köln.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Die dafür erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2021 wurden von manchen Dezementen gut gelöst, von anderen weniger gut. In einem Haushaltsbegleitbeschluss wird daher der Stadtvorstand beauftragt, die geeignete Deckung sicherzustellen. Dies betrifft die Bereiche Volkshochschule, Kulturförderung, Integrationsmaßnahmen, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen für junge Menschen und ihre Familien sowie Sportförderung. Daher ist die Aufregung von SPD und LINKEN, die wir eben hier gehört haben, vollkommen unbegründet.

Ich danke der Oberbürgermeisterin, unserer neuen Kämmerin und dem ganzen Team dafür, dass sie es wieder geschafft haben, den Entwurf rechtzeitig vorzulegen, damit wir noch vor Beginn des neuen Jahres einen genehmigten Haushalt haben. Das schafft für alle Beteiligten Planungssicherheit. Außerdem danke ich unseren Partnern im Haushaltsbündnis für die vertrauensvollen und reibungslosen Verhandlungen.

Frau Professor Diemert, ich habe Ihnen hier - und das passt nach der Rede des Kollegen Joisten sehr gut - als kleine Mahnung und Erinnerung einen 0-Euro-Schein mit dem Bild des Kölner Doms mitgebracht, den ich Ihnen gleich überreichen werde. Das soll die Mahnung sein, dass Sie die schwarze Null durchhalten und sich durch solche Reden, wie wir sie eben hier gehört haben, von Ihrem Weg nicht abhalten lassen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, in den Haushaltsverhandlungen setzten wir insbesondere auf drei Schwerpunkte, die ich hier vorstellen möchte.

Wir wollen „Die Stadt der besten Bildungschancen“:

Beste Bildung macht den Menschen unabhängig, beste Ausbildung macht ihn selbstständig. ... Dafür brauchen wir Kitas, Schulen und Berufsschulen in bestem Zustand - zahlreich, für alle zugänglich und modern ausgestattet.

Dementsprechend ist der Schulneubau eine der dringendsten Aufgaben. Köln erlebt eine Steigung der Geburtenrate in den letzten zehn Jahren von über 17 Prozent. Diese gute Nachricht stellt die Stadt jedoch vor enorme Herausforderungen. Unter anderem müssen für alle Kinder genügend Schulplätze zur Verfügung gestellt werden.

Darum sollen mit einem 50-Millionen-Euro-Paket neue Schulen von General- und Totalunternehmern gebaut werden. Durch diese Vergaben an private Partner können die Zeit- und Kostenrisiken deutlich minimiert werden. Endlich sind auch diese Modelle in Köln mehrheitsfähig.

(Beifall bei der FDP)

Bei den wachsenden Kinderzahlen in Köln reichen die Wasserflächen in den Schwimmbädern nicht mehr aus, um die Kulturtechnik Schwimmen zu lernen. Darum haben wir uns darauf verständigt, zwei neue Schulschwimmbäder im Schulbauprogramm mit einzuplanen. Es soll jeweils links- und rechtsrheinisch ein solches Bad mit 25-Meter-Bahnen entstehen. Kaum hat Herr Joisten diese Forderung hier eben aufgestellt, hat sie das Haushaltsbündnis schon erfüllt. So schnell arbeiten wir.

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Des Weiteren soll die Schulsozialarbeit um weitere 15 Stellen aufgestockt werden. Hierbei sollen vier Stellen an Förderschulen entstehen, da dort ein erhöhter Bedarf besteht.

Die FDP will „Die digitale, bürgernahe Stadt“:

Wir ... wollen Köln zu einem Wirtschaftsstandort ersten Ranges weiter-

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 22**

entwickeln: als Deutschlands Digitalstadt Nr. 1 ...!

(Beifall bei der FDP)

Im Doppelhaushalt werden fünf weitere Stellen für IT-Anwendungsberater an Schulen eingerichtet, weil Lehrkräfte bei der Nutzung von neuen Medien Unterstützung bedürfen und damit die neuen Medien auch tatsächlich im Schulunterricht zur Anwendung kommen.

Auch haben wir zum wiederholten Male für die KVB Geld für das Installieren von WLAN in Straßenbahnen und Bussen zur Verfügung gestellt. Bisher konnte die KVB dies nicht realisieren. Der wiederum eingebrachte Haushaltstitel ist ein Appell an die KVB, endlich bei der Digitalisierung ernst zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Was in anderen Städten längst Standard ist, meine Damen und Herren, muss auch in Köln machbar sein.

Köln ist „Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung“:

Köln soll sich durch ... gepflegte Freizeit- und Sportmöglichkeiten auszeichnen! Denn eine Stadt mit mehr Freiraum ist eine Stadt mit mehr Lebensqualität!

Dementsprechend werden wir neben den beiden neuen Schulschwimmbädern für Köln, die auch hervorragend für den Vereinssport genutzt werden können, für den Sportplatzumbau weitere 5 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Köln setzt beim Bau von Kunstrasenplätzen seit 2018 zur Füllung kein Gummigranulat mehr ein. Köln ist vielmehr Vorreiter bei umweltgerechten Kunstrasenplätzen mit Kork-Sand-Füllungen. Für eine intensive Nutzung von Sportplätzen - sieben Tage die Woche, zwölf Monate im Jahr; der Kollege Petelkau hat es eben schon gesagt - gibt es zurzeit keine Alternative zu diesem Belag.

(Beifall bei der FDP)

Die Haushaltsparteien haben sich des Weiteren darauf verständigt, zum einem den Inklusionssport und zum anderen den Seniorensport mit Koordinierungsstellen beim Stadtsportbund zu unterstützen.

Schon seit längerem setzen sich die Freien Demokraten für ein drittes Frauenhaus in Köln ein. Bisher wurde dies im Rat leider abgelehnt. Mit dem Haushaltsbegleitbeschluss konnte die FDP

nun durchsetzen, dass ein drittes Frauenhaus eingerichtet wird. Ich bin froh, dass auch die Grünen ihren Widerstand hier aufgegeben haben.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Die Kollegin von Bülow hat eben schon gesagt, dass das von den Grünen mitgetragen wird. Deswegen kommen wir an dieser Stelle weiter. Hier hilft besonders auch ein neues Landesbauprogramm, in dem im Rahmen der Bauförderung Frauenhäuser explizit aufgenommen worden sind. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen. Dies macht den heutigen Tag zu einem besonders guten Tag für Köln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der LINKEN)

Köln ist seit jeher offen für diverse Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt. Wir wollen Anziehungspunkt für alle sein, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die bereit sind zur Integration und damit einen positiven Beitrag für das Zusammenleben leisten.

Diese traditionelle Weltoffenheit gilt es bei der Köln-Wahl im kommenden Jahr unter Beweis zu stellen, damit nicht, wie zuletzt in Thüringen, die Extreme überhandnehmen. Köln ist Hauptstadt der Vielfalt, und so soll es bleiben. Internationalität begreifen wir als Schlüssel für die Entwicklung Kölns zu einer europäischen Metropole, die sich Besuchern und Gästen aus aller Welt als hervorragender Gastgeber zeigt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, nicht in allen Zukunftsfeldern unseres Leitbildes kommen wir in Köln weiter. In dem Kapitel „Die innovative, wachsende Stadt“ heißt es eigentlich:

Köln wächst, immer mehr Menschen kommen hierher und wollen etwas aus ihrem Leben machen. Ein gutes Zeichen für die Zukunft unserer Stadt und eine Chance, die wir mutig und entschlossen nutzen wollen. Dafür brauchen wir schnell ... wirkungsvolle Lösungen bei Wohnungsbau und Infrastruktur ...!

Und da liegt einiges im Argen. Seit letzter Woche werden neue Flächen für Wohnungsbau und

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 23

Gewerbeansiedlungen der kommenden 25 Jahre im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans in den städtischen Gremien beraten. Nur ein Drittel der von der Bezirksregierung geforderten Bedarfe wird hier von der Verwaltung überhaupt angeboten. So wird das Ziel, 6 000 Wohnungen im Jahr zu schaffen, schon allein physikalisch vollkommen unmöglich. Eine Wohnung in Köln wird zunehmend unbezahlbar, und Unternehmen und Gewerbesteuerereinnahmen wandern im besten Fall nur ins Umland ab.

Was dann flächenmäßig an Wohnungsbau noch möglich wäre, bringt die politisch verordnete Bürokratie in der Stadt zum Erliegen. Es wurden sieben Stellen geschaffen, um im vergangenen Jahr ein wohnungspolitisch begründetes Vorkaufsrecht auszusprechen. Nur eine einzige Fläche wurde von diesen sieben Mitarbeitern identifiziert. Jetzt kommen vier Stellen hinzu, die die Milieuschutzsatzungen verwalten und erweitern sollen - und das vor dem Hintergrund, dass 30 Prozent der Stellen im Bauaufsichtsamt unbesetzt sind. Kooperatives Baulandmodell und Konzeptvergabe führen darüber hinaus dazu, dass Investoren offen damit drohen, in Köln höchstens noch Büros zu bauen, aber keine Wohnungen.

Bei der verkehrlichen Infrastruktur sieht es leider nicht anders aus. Die SPD hat im vergangenen Dezember aus parteitaktischen Überlegungen die einer Millionenmetropole angemessene U-Bahn-Lösung für die Ost-West-Achse in eine unbestimmte Zukunft geschickt,

(Michael Frenzel [SPD]: Die SPD? Da haben Sie aber nicht richtig nachgelesen!)

und die CDU macht bei autofeindlichem Quatsch von Busspur bis Pfortnerampel alles mit, was ihr von den Grünen vorgelegt wird. Zusätzliche Umweltbelastungen sind hier die Folge.

Wir erleben gerade die ideologischste Phase der Verkehrspolitik in der Kölner Geschichte. Radfahrstreifen unter dem Maritim, auf dem Theodor-Heuss-Ring oder auf der Nord-Süd-Fahrt zeigen, dass es längst nicht mehr darum geht, Verbesserungen für den Radverkehr durchzuführen, sondern um die Behinderung des Autoverkehrs.

(Beifall bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: So viel zur Ideologiefreiheit!)

Meine Damen und Herren, 30 Prozent weniger Fußgängerfrequenz auf der Breite Straße zei-

gen, welche Folgen das haben kann und wohin es führt.

Ich kann die Ratsmehrheit, aber auch die Oberbürgermeisterin nur auffordern, von dieser Peter-Pan-Politik, Köln nicht erwachsen werden lassen zu wollen, abzulassen und ein Investitionsklima und die nötige Infrastruktur zu schaffen, die der viertgrößten Stadt Deutschlands und dem Verkehrskreuz des Westens angemessen sind.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Nicht Klimanotstand ausrufen, sondern Klimanotstand verhindern! Ohne dieses Umlenken können wir einem gemeinsamen OB-Wahlkampf nicht beitreten.

(Beifall bei der FDP)

Am 13. September 2020 geht es um die Stadt der besten Bildungschancen und der selbstbestimmten, freien Entfaltung, die innovative, wachsende und digitale, bürgernahe sowie welt-offene Heimatstadt, die rechnen kann. Meine Damen und Herren, es geht um Köln. Und wer Köln liebt, macht es besser. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

**Stephan Boyens (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherigen Redebeiträge zum aktuellen Haushalt - wir sprechen hier ja immerhin über 5 Milliarden Euro - heute im Rat, aber vor allen Dingen auch vorher im Finanzausschuss, verharrten doch sehr im Klein-Klein. Herr Detjen hat das eben auch angesprochen. Da kümmern sich Grüne, CDU und FDP mit einem gemeinsamen Veränderungsnachweis beispielsweise um 20 000 Euro für die kulturelle Teilhabe und innovative Kleinfestivals oder um Zuwendungen für Städtepartnerschaftsvereine.

Herr Petelkau, Sie haben eben vollmundig davon gesprochen, dass Sie die Mobilitätswende in Köln auf die Schiene gesetzt haben. Ich muss Ihnen sagen: Davon ist im Radverkehr wenig zu spüren. Sie kennen vielleicht die Untersuchung des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs von diesem Jahr, bei der die 14 Städte mit über 500 000 Einwohnern untersucht wurden. Köln belegt Platz 14 von 14 Städten. Ein Aufbruch in der Mobilität sieht anders aus.

**53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 24**

Das ist vermutlich auch der Grund, warum sich der grüne Bürgermeister, Herr Wolter, neulich zum Verkehrsausschuss mit dem Dienstwagen hat chauffieren lassen.

Aber so kennen und lieben wir sie ja, die Grünen: Wasser predigen und Wein trinken!

Ich glaube, Sie sind auch derjenige, der nach der Oberbürgermeisterin die meisten Flugmeilen verfliegen hat. Typisch grüne Doppelmoral!

Ein weiterer Beleg für das Klein-Klein sind auch die SPD und Herr Joisten, der im Finanzausschuss gefühlt 10 Prozent seiner Redezeit verbraucht, um über zu wenig Kinderschwimmen in Porz zu sprechen.

So Herren von der SPD, wenn Sie die Themen setzen, wen wundert dann noch das Abgleiten der guten alten Tante SPD in die politische Bedeutungslosigkeit?

Herr Joisten, nach den Grünen ist die SPD, Ihre Fraktion, ja wohl diejenige mit den meisten Burkini-Verstehern in dieser Stadt. Bevor Sie sich öffentlich über das Kinderschwimmen echauffern und sorgen, sorgen Sie lieber einmal dafür, dass auch alle Familien in Köln ihre Töchter zum Kinderschwimmen schicken! Da liegt doch der Hase im Pfeffer. Das wäre einmal der Mühe wert.

(Beifall bei der AfD)

In etwas größeren Dimensionen denkt bei ihren Veränderungsnachweisen - das muss man ihr lassen - da schon die SED-Nachfolgepartei. DIE LINKE fordert in ihrem Veränderungsnachweis 300 000 Euro für - Zitat - „fünf zusätzliche Stellen zur Erfassung und Verfolgung von Verstößen“ bei der Wohnraumzweckentfremdung, also auf gut Deutsch die Schaffung einer Wohnraum-Stasi hier in Köln.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wohnraum-Stasi. Aber das muss man ihnen zweifelsfrei lassen. Das ist sicher eine der Kernkompetenzen der LINKEN.

Aber auch der Blick auf die wirklich großen Aufwandspositionen in unserem Haushalt hilft nur bedingt weiter. Denn von den 5 Milliarden Euro sind circa 4,7 Milliarden Euro, also 94 Prozent, mehr oder weniger fest vorgegeben oder sogar gesetzlich vorgeschrieben.

Deshalb möchte ich Ihren Blick, meine Damen und Herren, gerne auf die mittelfristige Finanzplanung lenken - Anlagenband, Seite 40. Hier

werden nämlich die für die Stadt wichtigen, zukunftsweisenden, prägenden investiven Maßnahmen in der näheren Zukunft aufgelistet.

Für die Jahre 2020 bis 2024 sind dies annähernd 1,2 Milliarden Euro. Das sind 234 Millionen Euro pro Jahr. Das Erschreckende dabei ist: Diese Summe liegt gerade mal 34 Millionen Euro über den Abschreibungen, die wir jedes Jahr leisten. Es sind also gerade mal 0,7 Prozent des Haushaltes, mit denen wir über dem Betrag liegen, den wir Jahr für Jahr abschreiben.

Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes haben Sie vollmundig von den beachtlichen Zukunftsinvestitionen für die familienfreundliche Stadt Köln gesprochen. Wie wollen Sie, frage ich Sie, das mit gerade mal 34 Millionen Euro Nettoinvestitionen pro Jahr schaffen? Geheimnis des Glaubens... .

Eine weitere Relation, meine Damen und Herren, kann ich Ihnen nicht ersparen. Während wir in den kommenden fünf Jahren diese 1,2 Milliarden Euro in die Hand nehmen, betragen die Ausgaben für Flüchtlinge im gleichen Zeitraum 800 Millionen Euro. Das heißt, dass wir zwei Drittel unseres Investitionsbudgets für Flüchtlinge aufwenden.

Wenn wir genauer hinsehen könnten, würden wir feststellen, dass die kompletten Aufwendungen für Flüchtlinge vermutlich in der gleichen Größenordnung wie die Investitionen liegen, also ebenfalls bei 1,2 Milliarden Euro.

Woran liegt das? Nun, die von mir genannten 800 Millionen Euro sind ja nur die drei Positionen, die Sie im Haushalt finden, nämlich Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Unterbringung und Betreuung. Dazu müssen Sie aber natürlich noch all die weiteren Kosten rechnen: innere Sicherheit, Streetworker, Sozialarbeiter, erhöhte Gesundheitsausgaben, Schulbetreuung und, und, und. Und vergessen Sie bitte nicht: Viele der Flüchtlinge landen ja mittelfristig in Hartz IV und sind dort als solche gar nicht mehr zu erkennen.

Dazu zwei Zahlen, die wohl für sich sprechen: 92 Prozent der in Deutschland lebenden Libanesen - -

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja wohl das Allerletzte!)

- Lassen Sie mich doch bitte ausreden. Sie müssen die Zahlen zur Kenntnis nehmen,



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 25

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das ist unverschämt!)

auch wenn sie Ihnen nicht passen, gute Frau.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Gute Frau?)

92 Prozent der in Deutschland lebenden Libanesen beziehen Hartz IV, und bei den Syrem sind es 76 Prozent.

Ich denke, dass wir uns wenigstens in einem Punkt einig sind: Verschiebung in Hartz IV ist keine gelungene Integration, sondern Verschiebung in Hartz IV ist teuer erkaufte Ruhigstellung zulasten der Steuerzahler.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Würden Sie bitte zum Thema sprechen?

**Stephan Boyens (AfD):** Ich spreche zum Thema, Frau Oberbürgermeisterin; denn wir reden über den Haushalt.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist nicht zum Haushalt!)

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen - 92 und 76 Prozent in Hartz IV - ist es doch komplett nachvollziehbar und im Übrigen auch in einer Demokratie vollkommen legitim, wenn jemand sagt: Ich empfinde den Zuzug dieser Menschen nicht als Bereicherung, sondern als Belastung.

Das festzustellen, meine Damen und Herren, ist auch nicht „Nazi“. Das ist nicht rassistisch. Das ist nicht Hetze. Das ist noch nicht einmal rechts-populistisch. Vielmehr ist das die nüchterne Feststellung sozioökonomischer Zusammenhänge.

Wenn jemand wie Sie, Frau Oberbürgermeisterin, die ganz genau um diese Zusammenhänge weiß, in einem Brief an die Kanzlerin die Bereitschaft zur Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen erklärt,

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das war sehr gut!)

dann sorgen Sie damit dafür, dass noch mehr Menschen in die Sozialsysteme einwandern.

Und ich bin fest davon überzeugt: Die Ablehnung oder der Hass, der uns hier entgegenschlägt, in der Stadt entgegenschlägt, hat gar nicht so sehr mit unserer Position zu tun. Unsere Position ist

nämlich vollkommen legitim und gut begründet. Nein, es ist die Tatsache, dass wir Ihrem Gutmenschentum ein Preisschild ankleben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist so lächerlich!)

Das ist es, was Ihnen so sauer aufstößt: dass wir für die Öffentlichkeit und die wertschaffenden Milieus in dieser Stadt transparent machen, was es sie kostet, damit Sie sich als die besseren Menschen fühlen können.

Heute diskutieren wir über den Haushalt. Und siehe da: Das Preisschild für Ihr Gutmenschentum beträgt 1,2 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist aus der Luft gegriffen!)

Diese Zahl müsste man auch mal in der Kölner Presse lesen. Das müsste man mal den Menschen zumuten. Das steht wie ein weißer Elefant im Raum. Wir reden hier über 20 000 Euro da und 15 000 Euro da. Aber 1,2 Milliarden Euro beträgt die Belastung für die Stadt aus dem Migrationsdesaster.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist menschenverachtend und völlig daneben!)

- Nein, das ist es nicht. Es ist die Aufzählung nüchterner Tatsachen. Sie können den Euro nur einmal ausgeben, Frau von Bülow. Das sollte Ihnen bewusst sein.

(Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Und noch einmal: Wir geben für die Grunderneuerung der Mülheimer Brücke, das Wohnungsbauprogramm, den Neubau von Sozialhäusern, die Sanierung von Schulen, Straßen, Ampeln, Radwegen, Sportplätzen, Spielstätten usw., den Kauf von Grundstücken, Computern, Kunstwerken etc., für alles das zusammen, 1,2 Milliarden Euro aus. Im gleichen Zeitraum liegen die Kosten für das Migrationsdesaster in der gleichen Größenordnung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wenn sich das Kölner Haushaltsbündnis dafür abfeiern lässt, dass Sie im Jahre 2022 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, dann sage ich Ihnen: Diese Stadt könnte längst einen ausgeglichenen Haushalt haben, wenn wir nicht das

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 26

durch Berlin zu verantwortende Migrationsdesaster hätten.

(Christian Joisten [SPD]: Durch Wiederholung wird es nicht besser!)

Die Stadt Köln bleibt auf über 50 Prozent der Kosten sitzen. Und woher soll denn das Geld kommen? Es kommt aus unserem Haushalt. Herr Detjen wird das bestätigen können. Er ist ja auch einer der wenigen, der immer darauf hinweist, dass wir von Land und Bund die Kosten der Migration nicht erstattet bekommen.

Daher bleibt mir nur, zu sagen: Der vorliegende Doppelhaushalt 2020/2021 ist ein weiterer Beleg für die organisierte Verantwortungslosigkeit in dieser Stadt und die in Zahlen gegossene Erstarung in dieser Stadt.

Die Verantwortung dafür tragen zuvorderst Sie, Frau Oberbürgermeisterin. Die Menschen in dieser Stadt spüren das längst und wissen das ganz genau. Nicht umsonst haben Sie beim Oberbürgermeister-Ranking in diesem Jahr den vorletzten Platz belegt.

Noch, Frau Oberbürgermeisterin, ist es Zeit, den Platz frei zu machen - frei zu machen für eine Person, die es kann.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler!)

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie gegen diesen Haushalt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Ich frage aber, wer noch zu sprechen wünscht. - Das ist Herr Zimmermann. Herr Zimmermann hat das Wort.

**Thor-Geir Zimmermann** (Ratsgruppe GUT): Ich war ganz überrascht, dass es jetzt doch so schnell geht. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer des Livestreams! Werte Kolleginnen und Kollegen und Gäste hier im Saal! Dies ist nun der erste Haushalt, der in Zeiten des Klimanotstandes beschlossen wird.

Der Klimawandel ist in Köln angekommen. Die Dürre der vergangenen Jahre, die in Folge ster-

benden Bäume, die ungewöhnliche und lang andauernde Hitze sind dabei nur erste Vorboten dessen, was uns und künftigen Generationen bevorsteht. Ja, Dürren und heiße Sommer gab es immer schon. Doch die Häufigkeit nimmt zu, und die Wissenschaft ist sich sicher, dass dies in direktem Zusammenhang mit dem Mensch gemachten Klimawandel steht.

Köln und auch die Verwaltung unserer Stadt sind sich dessen bewusst. Doch vieles, was unternommen wird, ist leider unzureichend.

Das sind zunächst einmal die Ziele. Ein Streben nach Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 - wohl gemerkt! - ist vollkommen unambitioniert und wird vor allem dem Bemühen, den Klimawandel zu bremsen oder gar aufzuhalten, in keinsten Weise gerecht. Bis 2050 sind die Weichen längst gestellt. Wir müssen uns jetzt - heute! - in großen Schritten hin zur Klimaneutralität aufmachen.

Da reicht es eben nicht, festzustellen, dass Klimaschutz in Köln eine Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung ist und daher nicht gesondert dargestellt wird. Wir brauchen große, sichtbare und wirksame Kraftanstrengungen. Wir brauchen einen massiven Ausbau des ÖPNVs und des Radverkehrs, eine schnelle Umstellung etwa der RheinEnergie hin zu einem Ökostromproduzenten und -lieferanten, Stromlieferverträge mit 100 Prozent in Deutschland produziertem Ökostrom, mehr Wärmedämmung und vieles, vieles mehr.

Uns ist klar, dass diese Klimaschutzmaßnahmen viel Geld kosten werden. Dies wird nicht nur den Haushalt der Stadt Köln, sondern auch jeden Einzelnen belasten.

Bislang war ich persönlich auch immer ein Freund der schwarzen oder grünen Null. Über seine Mittel frei verfügen zu können, statt von Geldgebern abhängig zu sein, ermöglicht erst wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten. Doch bei der Frage, was eigentlich generationengerechter ist, bekomme ich Zweifel: unsere Stadt schuldenfrei, aber vom Klimawandel zerstört an unsere Kinder zu übergeben oder aber auch wirklich alles zu versuchen, den Klimawandel zumindest zu bremsen? Ich denke, die Antwort sollte klar sein.

Wenn wir von möglichen Belastungen für Kölns Einwohnerinnen und Einwohner sprechen und auch davon, dass andere wichtige Themen wie etwa Wohnungsbau vermeintlich nur nachrangig behandelt werden, kommt bei mir zugespitzt die Frage auf: Ist Klimaschutz eigentlich asozial?

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 27

In den Debatten im vergangenen Sommer zum Klimaschutzpaket konnte man diesen Eindruck gewinnen. Angesprochen auf die Unzulänglichkeit dieses Klimapäckchens wurde von der schwarz-roten Bundesregierung immer wieder ins Feld geführt, dass man die Bevölkerung nicht zu stark belasten und überfordern dürfe.

Das stimmt auch. Es wäre ja noch schöner, wenn Geringverdiener die Schäden bezahlen müssten, die Besserverdienende durch übermäßigen Ressourcenverbrauch anrichten. Geringverdiener haben einen wesentlich geringeren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck als Besserverdienende.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Doch was macht die Bundesregierung? Sie schiebt Geringverdiener, Landbevölkerung, Pendler und andere Gruppen vor, um nichts zu tun. Dabei wäre es selbstverständlich möglich, die Kosten der Klimaschutzmaßnahmen - auch in Köln - gerecht zu verteilen.

Klimaschutz muss aber gar nicht immer kosten. Oft reicht auch guter Willen: weg vom Wachstumsgedanken, hin zu Nachhaltigkeit und ökologischem Handeln. Eine Verkehrswende, die ihren Namen verdient, erfordert zwar zunächst weitere Investitionen, ist aber in der Bilanz am Ende wesentlich günstiger, als so weiterzumachen wie bisher.

In diesem größeren Zusammenhang kurz und knapp einige Punkte, die uns am Herzen liegen:

- Das Grünsystem in Köln ausbauen! Lieber FC, das Geißbockheim soll an seinem bisherigen Standort bleiben. Aber nutzt doch die Chance, in Marsdorf ein zukunftsicheres Trainingszentrum zu bauen, anstatt die Gleueler Wiese zu bebauen.
- Den Rather See wahrhaft renaturieren! Eine Wasserkianlage und den durch sie erzeugten Verkehr lehnen wir ab.
- Im Regionalplan und im Stadtentwicklungskonzept Wohnen: Hände weg von Kölns Grün! Wir sind fest davon überzeugt, dass notwendige Flächen auch durch Nachverdichtung und Umwidmung von Flächen gefunden werden können.
- Mehr Platz für das Rad! So brauchen wir auch endlich die Beschleunigung der Umsetzung beschlossener Projekte wie der Radwege am Niehler Gürtel, des Radschnellwegs Köln-

Frechen oder der Fahrradrampe an der Hohenzollernbrücke.

- Oben bleiben! Wir brauchen eine schnelle und möglichst kostengünstige Verkehrswende. Daher plädieren wir klar und deutlich für eine ausschließlich oberirdische Verstärkung der Ost-West-Achse.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Wir wünschen uns eine zügige und ergebnisoffene Prüfung unserer Idee eines neuen Seilbahnsystems für Köln, des Rheinpendels.

Zur Finanzierung einer Verkehrswende fordern wir die Stadt Köln auf, sich offen gegenüber der Idee einer Umweltmaut zu zeigen und entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen von Land und Bund zu fordern. Und ja, eine Maut kann sozial ausgewogen gestaltet werden.

Wir arbeiten weiter an der Wiedereröffnung des Colonius - vielleicht nicht unser wichtigstes Projekt, aber eines, das der Kölner Bevölkerung am Herzen liegt.

Den vorgelegten Haushalt halten wir angesichts der Herausforderungen im Klimaschutz in der Tat für nicht ausreichend. Da wir jedoch im Sinne des Klimaschutzes wenigstens einiges verbessern konnten, werden wir ihm zustimmen.

Unsere Zustimmung erfolgt auch deshalb, weil er in vielen Themenfeldern unseren Vorstellungen sehr nahe kommt, etwa im Bereich der Kultur.

So freuen wir uns darüber, dass die freie Szene weiter gestärkt wird, und darüber, dass auch ernsthaft versucht wird, mit Haushaltsmitteln die soziokulturellen Initiativen im Kartäuserwall 18 zu erhalten.

Im Sinne einer Verkehrswende freuen wir uns darüber, dass die Lastenradförderung in den nächsten beiden Jahren fortgesetzt wird.

Im Sinne des Klimaschutzes sind wir gespannt auf eine Untersuchung zur Klimawandelfolgenabschätzung. Hier wird es um gesundheitliche und soziale Aspekte des Klimawandels gehen. Wie wird es sich in Köln im Jahr 2050 leben?

Im Sinne von mehr Grün stellen wir Mittel für eine Erweiterung des entstehenden Straßenbaumkatasters bereit. Künftig soll auf einen Blick erkennbar sein, wo wir in Köln neue Straßenbäume pflanzen können.

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 28

Im Haushalt finden sich viele weitere positive Aspekte, die uns eine Zustimmung erleichtert haben. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben dazu bereits einiges ausgeführt.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. In Zeiten von Artensterben und Klimawandel, in Zeiten, in denen Tausende von Menschen im Mittelmeer ertrinken und die EU keine Schiffe mehr rauschickt, um sie zu retten, in Zeiten großer sozialer Ungerechtigkeiten fühlen sich immer mehr Menschen überfordert. Seit Jahren breitet sich eine beängstigende Resignation über das Land aus, führt zu Erstarken von Rechtsradikalen und nimmt manchen von uns auch den Mut und die Kraft, weiterzumachen.

Dabei haben wir doch ein großes gemeinsames und verbindendes Projekt: diese unsere Mutter Erde zu schützen und gemeinsam auf ihr in Frieden zu leben. Das Positive ist: Wir alle wissen auch, wie das geht. Haben Sie keine Angst vor Veränderungen. Freuen Sie sich auf den Gewinn.

In diesem Sinne: Frisch auf, Köln! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT sowie bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker, sehr geehrte Frau Dr. Diemert, ich habe Ihren Haushaltseinbringungsreden nicht nur zugehört, sondern sie mir auch noch mehrmals auf dem Papier durchgelesen. Für mich stellt sich einfach die Frage, wie ich einen Bürger an diesen Haushalt heranführe, indem ich ihm den Haushalt etwas transparenter darstelle. Das ist nur einmal das Vorwort zu mir.

Ich habe mir den Haushalt also sehr genau angeguckt und sage einmal: Für den Doppelhaushalt 2020/2021 stellen wir 10,2 Milliarden Euro an Ausgaben zur Verfügung - mit dem Ergebnis, dass wir unter dem Strich allerdings eine weitere Neuverschuldung in Höhe von 80 Millionen Euro erzielen. Ab 2022 schreiben wir dann, so prognostizieren Sie, schwarze Zahlen. Ich weiß gar nicht, ob das notwendig ist. Aber es ist ein Ziel.

Nur: Auf welchen tönernen Füßen steht diese Prognose? Ich zitiere Sie. Kurze Zeit, nachdem Sie diese positive Prognose abgegeben haben, haben Sie das insofern infrage gestellt, als dass Sie gesagt haben: Es wird in Zukunft nicht einfacher werden. Es mehren sich die Zeichen einer konjunkturellen Abkühlung bis hin zu einer beginnenden Rezession.

Nun ja. Dennoch vertrauen Sie den positiven Steuerschätzungen und planen samt und sonders linear jedes Jahr laufende Mehreinnahmen bis 2024. Mit Verlaub: Das klingt eher nach einem Wunschkonzert als nach einer umsichtigen und halbwegs stabilen Planung.

Die geringsten Zinserhöhungen oder rückläufige Steuereinnahmen würden diesen haarscharf gerichteten Haushalt und die schwarze Null zum Kippen bringen. Kompensation gibt es nicht. Die sogenannten Rücklagen wären ebenfalls Kredite und Darlehen, die die Verschuldung zusätzlich erhöhen.

Was die Bürger nicht verstehen, ist die Unausgewogenheit der Ausgabenverteilung. Unter dem enormen Finanzierungsbedarf für den Neubau, den Wiederaufbau und die Instandsetzung von Kulturbauten müssen Bereiche mit weitaus höheren Bedarfen zurückstecken. Sie haben zwar Gelder eingestellt. Aber gerade diese Ausgaben, die ich erwähne, bremsen auch hier wieder die Weiterentwicklung wesentlich wichtiger Maßnahmen für diese Stadt und für die Zukunft, nämlich die Sanierung und den Neubau von Kitas und von Schulen sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch die Stadt.

Daher fordern wir, dass der Wallraf-Anbau, die Blockrandbebauung an der Martinstraße und die Historische Mitte nicht weiterverfolgt werden.

Auch mit der permanenten Nachsorge wegen der enormen Kostenexplosion bei der Opernsanierung muss Schluss sein.

Die Initiative Bürgerbegehren Domklotzstopp gegen die Bebauung des Roncalliplatzes wird von uns maßgeblich unterstützt werden, wenn dann der Beschluss vorliegt.

Wenn wir gerade bei den Bürgern der Stadt sind, sollten wir kurz das Instrument des Bürgerhaushalts ansprechen. Still ruht der See. Es ist viel Geld für die Auswertung und neue Konzeptansätze ausgegeben worden. Aber der Haushalt setzt hier einfach auf ein Weiter-so. Sie unterschätzen dieses Instrument, oder Sie wollen es so beerdigen - wie den Großmarkt; dazu später.



## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 29

Transparenz und Gesamtverschuldung - das ist mein Thema, solange ich hier im Rat bin. Völlig intransparent bleibt der Gesamtschuldenstand dieser Stadt. Intransparent sind die Schuldenstände der einzelnen Beteiligungen und Eigenbetriebe, die ja nicht im Haushalt ausgewiesen werden, die Risiken, die der Stadt als Darlehensgeberin oder als Bürgin drohen, und last, but not least die Auflistung der Betriebe und deren Subventionsbezug. Das alles sollte in einer Übersicht offen und transparent dargestellt werden, damit wir die tatsächliche Situation und auch den Finanzbestand dieser Stadt vor Augen haben.

Die Tilgung der Altlasten schieben wir vor uns her und mehrern sie durch die Weiter-so-Politik unaufhaltsam. Die Neugründungen einer GbR für die Historische Mitte, einer Stiftung für den Klinik-Verbund oder einer GmbH für die Wirtschaftsförderung erweitern das diffuse Netz städtischer Beteiligungen. Abgesehen von den zusätzlichen Kostenausstattungen für solche Gebilde entziehen sie dem Rat weitestgehend den Einblick in die Entwicklung dieser Beteiligungen.

Hier hätten wir uns anstelle neuer Trabanten eher eine Säuberung gewünscht - Stichworte: RheinEnergieStadion, Kölner Sportstätten GmbH, Kölner Schulbus-GmbH, NetCologne usw. Deshalb: Klarheit für die Zukunft!

Der Finanzierungsbedarf für die Sanierung und die Instandsetzung städtischer Gebäude, Straßen, Brücken und Anlagen bis 2040 wird auf 16 Milliarden Euro beziffert. Darin sind noch nicht die Kosten für die Opersanierung und die Aufarbeitung des Archiveinsturzes enthalten, die, realistisch geschätzt, diesen Betrag auf 18 Milliarden Euro erhöhen werden. Das sind die Altlasten, die Sie der nächsten Generation übergeben. Das würde ich nicht als raumschaffend bezeichnen wollen.

Fazit: Kitas, Schulen, Wohnbauten, Gewerbefläche, ÖPNV und eine funktionierende Verwaltung haben absolute Priorität vor Prestige. Wir brauchen Wohnraumbeschaffung, bezahlbares Wohnen und dadurch möglicherweise Senkungen von Wohngeldaufkommen.

Warum setzen Sie weiter auf Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, anstatt mit Erbpachtverträgen die Flächen im Bestand der Stadt zu halten und dauerhafte Einnahmen zu generieren?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleichzeitig würden Sie damit Grundstücksspekulationen ein für alle Mal einen Riegel vorschieben. Sie sind die wesentlichen Treiber der Mietsteigerungen.

Der Ankauf von Grundstücken durch die Stadt bleibt weit unter dem eingestellten Budget. Ebenso stiefmütterlich behandelt die Stadt ihr Vorkaufsrecht.

Die Bebauungen der Parkstadt Süd, des Planvorhabens Kreuzfeld oder von Rondorf Nord-West müssen unter der Federführung der Stadt bleiben und erfolgen. Deren Eigentum müssen sie bleiben. Die GAG als städtisches Unternehmen muss hier in eine maßgebliche Rolle wechseln. Noch ist alles offen, Rondorf eingeschlossen.

Zum Klima: Der Rat hat dem Klimanotstand zugestimmt, und die Verwaltung ist bestrebt - wie das Kaninchen vor der Schlange -, der Gerichtsbarkeit zu dienen. Sie will zum Beispiel mit der unausgegorenen Einrichtung einer Expressbusspur und einer vorgeschalteten Chaos-Pförtnerampel den Pendlern, Lieferanten und Anwohnern das Autofahren abgewöhnen - ohne großen Erfolg. Parkflächen fehlen, Ausweichflächen genauso, und der Bus hängt beim Ein- und Ausparken entlang der Aachener Straße ebenfalls im Stau.

Zur Gewerbesteuer: Ich habe eben den Großmarkt zitiert. Die dort ansässigen Unternehmen sind 20 Jahre systematisch abgewirtschaftet worden. Die Infrastruktur des Geländes verkommt. Gespräche verlaufen im Sande, und den Händlern droht das Scheitern ihrer Existenz. Marsdorf ist sicherlich eine kritisch zu betrachtende Alternative. Aber Zeit zu schinden und sehenden Auges Gewerbesteuerverluste hinzunehmen - das kann nur in Köpfen entstehen, die mit Unternehmertum nichts am Hut haben.

Mein Antrag hierzu wird ja heute Nachmittag beraten. Wenn Ihre Klimapolitik mit dem Geld derer spielt, die es für die Stadt verdienen, müssen Sie sich nicht wundern, wenn sich daraus eine hausgemachte irreparable Konjunkturdelle einstellt.

Um es auf einen Nenner zu bringen: CO<sub>2</sub>-Einsparungen aus Konsum und Arbeitsplatzverlusten sind keine tragfähigen Modelle für eine Millionenstadt.

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen. Aber wir werden uns weiterhin kritisch einbringen und freuen uns auf das Jahr 2020. - Vielen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr.

Dann würde ich jetzt gerne zu den Abstimmungen kommen, und zwar zunächst zur Abstimmung zu:

## **7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

### **7.1 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 3068/2019**

Hier wird über den Punkt 2 mit den Ergänzungen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, Anlage 5, und dem Finanzausschuss, Anlage 6, abgestimmt.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen

Dann muss ich über die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung abstimmen lassen:

## **8 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **8.1 Konzept zur Vergabe der Stipendien ohne Altersbegrenzung (Künstler\*Innenförderung Bildende Kunst) und Erhöhung der Institutionellen Förderung des Kulturwerks Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler Köln e. V. 3567/2019**

Das liegt daran, dass die Gemeindeordnung vorsieht, in der nächsten Sitzung über die Genehmigung abstimmen zu lassen - und die nächste Sitzung ist eben nicht die Sitzung heute Nachmittag, sondern diese Sitzung.

Deswegen frage ich zum Tagesordnungspunkt 8.1 zunächst nach Wortmeldungen. - Ich sehe keine.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:  
In der Fassung des Hauptausschusses!)

- In der Fassung des Hauptausschusses, Anlage 2, ja.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zu:

## **9 Stellenpläne**

Tagesordnungspunkt

### **9.1 Stellenplan für das Jahr 2020/2021 2523/2019**

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Gegen den Stellenplan?)

Lassen Sie mich noch einen Hinweis geben. Mir ist mitgeteilt worden, dass der im Finanzausschuss gestellte Antrag zu dieser Vorlage einer redaktionellen Korrektur durch die Antragsteller bedarf.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist richtig!)

Herr Frank, würden Sie das bitte noch einmal vortragen?

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Frau Oberbürgermeisterin, das ist ja dokumentiert und auch in Session eingestellt. Diese Korrektur erfolgt, weil Stellenbewertungen im Veränderungsvorschlag zum Hpl-Entwurf bei zwei Positionen versehentlich falsch waren.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Genau.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Deshalb ist das jetzt entsprechend dokumentiert. Jeder konnte es in den letzten Tagen nachlesen. Durch den Beschluss, den wir jetzt fassen, wird es dann zumindest von der politischen Haushaltsmehrheit korrigiert.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gut. Das ist ein redaktioneller Fehler

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Ja, genau!)

in der Liste 1 gewesen. Die Bewertung ist nicht EG11, sondern EG13.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Richtig! Das ist korrekt!)

Ich will das nur deswegen so genau machen, damit wir alle wissen, worüber wir jetzt abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist gut! Besten Dank!)

## 53. Sitzung vom 7. November 2019 Seite 31

Gibt es Gegenstimmen, meine Damen und Herren?

(Christian Joisten [SPD]: Wir sind immer noch bei TOP 9.1?)

- Wir sind immer noch bei TOP 9.1.

(Christian Joisten [SPD]: Dann können wir das noch einmal machen!)

- Wir machen das noch einmal, damit wir ganz genau und auf der sicheren Seite sind. - Die SPD stimmt also dagegen. Gibt es Enthaltungen zu TOP 9.1, meine Damen und Herren? - Ich sehe keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.2 Stellenplan 2020/2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2647/2019**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21 2776/2019**

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2020/2021 2836/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

### **9.5 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2020/21 3139/2019**

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Nun rufe ich auf:

### **10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2020/2021 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2024**

### **3619/2019**

Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion, der LINKEN, der AfD-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Von Frau Gerlach.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wir sind dafür!)

- Das habe ich jetzt nicht gefragt. Das ist selbstverständlich.

(Heiterkeit)

Dann ist der Haushalt so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Gibt es noch irgendetwas, was wir Ihrer Meinung nach im nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung heute Morgen besprechen sollten? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich den nichtöffentlichen Teil gar nicht mehr auf und beende die Sitzung jetzt. Bis später!

(Schluss: 11.50 Uhr)